

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 9



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 21. Jahrgang, 10. Wahlperiode, 22. 5. 1990

SPD Sieger bei Landtagswahl CDU erreicht Wahlziel nicht Die Grünen neu im Parlament

Erstmals seit dem Ende der dritten Wahlperiode im Jahr 1958 werden dem nordrhein-westfälischen Landtag in Düsseldorf wieder mehr als drei Parteien angehören. Neben der SPD haben in der elften Legislaturperiode CDU, F.D.P. und als vierte Fraktion die Grünen Sitz und Stimme im Landesparlament. Das ergab die Landtagswahl am Sonntag, 13. Mai 1990, die von den Sozialdemokraten mit ihrem Spitzenkandidaten, dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau, klar gewonnen wurde.

Die SPD behauptete mit 50 Prozent zum dritten Mal hintereinander ihre absolute Mehrheit, mußte mit diesem Ergebnis allerdings 2,1 Verlustprozent gegenüber der Wahl von 1985 hinnehmen.

Die CDU erreichte bei der Wahl nur 36,7 Prozent, 0,2 Prozent mehr als 1985. Die F.D.P. verlor 0,2 Prozentpunkte und bekam 5,8 Prozent. Die Grünen schafften den Einzug in das Parlament nach mehrstündiger Ungewißheit mit 5 Prozent. Das sind 0,4 Prozent mehr als bei den letzten Landtagswahlen.

Die erstmals bei einer Landtagswahl an Rhein und Ruhr in 138 von 151 Wahlkreisen angetretenen Republikaner blieben mit 1,8 Prozent ohne Bedeutung. Die Ökologisch Demokratische Partei (ÖDP) verzeichnete 0,5 Prozentpunkte. Die übrigen der 14 angetretenen Parteien kamen auf ein Ergebnis von Null.

Nach den Berechnungen des Landeswahl-

leiters werden im neuen Landtag mit Überhangmandaten 237 Abgeordnete sitzen. Das sind 36 mehr als die Normzahl. Auf die Sozialdemokraten entfallen 122 Sitze, auf die Union 89, auf die Freidemokraten 14 und auf die Grünen zwölf.

Die Wahlbeteiligung lag mit 71,8 Prozent um 3,7 Prozentpunkte niedriger als bei der Landtagswahl 1985. Nur bei der Wahl am 20. April 1947 zur ersten Legislaturperiode war die Wahlbeteiligung mit 67,3 Prozent niedriger. Schon bei den Wahlen zur zweiten Wahlperiode am 18. Juni 1950 lag die Beteiligung mit 72,3 Prozent höher als 1990.

Die Nichtwähler spielten bei diesen Wahlen in Nordrhein-Westfalen eine wichtige Rolle. Nach vorläufigen Berechnungen gingen 700 000 bisherige SPD-Wähler am 13. Mai nicht ins Wahllokal. Dagegen entschieden sich nur 408 000 bisherige Nichtwähler für die SPD.

Rau will Wahlperiode durchstehen

In Stellungnahmen nach der Wahl sagte Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), er sei sehr froh, die absolute Mehrheit der SPD verteidigt zu haben. Er habe vom Wähler einen klaren Auftrag erhalten und freue sich darüber. „Wenn ich gesund bleibe, möchte ich gern die ganze Wahlperiode durchstehen.“ Er könne sich auch denken, daß er an einem vierten Mal Freude habe.

Der CDU-Spitzenkandidat und Bundesarbeitsminister Norbert Blüm gestand ein, er habe sein Wahlziel nicht erreicht. In Erklärungen verdeutlichte Blüm jedoch, daß er trotz der Wahlniederlage CDU-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen bleiben und seine Partei auch in den Bundestagswahlkampf führen wolle.

Für die F.D.P., die ihr Wahlziel, ein Ergebnis um sieben Prozent, verfehlt hatte, erklärte deren Landesvorsitzender Jürgen Möllemann, der Wähler habe die Oppositionspolitik seiner Partei offenbar nicht honoriert. Die Spitzenkandidatin der Grünen, Bärbel Höhn, führte den Wahlerfolg ihrer Partei auf die lan-

despolitisch wichtigen Themen Müllentsorgung und Schulproblematik zurück.

(Seiten 2 und folgende)

Die Woche im Landtag

Urnengang

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) verdeutlichte im Wahlstudio, daß es sich beim Urnengang um eine Landtagswahl und nicht um eine Testwahl für Bonn gehandelt habe. (Seite 3)

Ergebnisse

Über die gewählten Parlamentarier in künftig vier Fraktionen sowie die Ergebnisse in den Wahlkreisen geben tabellarische Aufstellungen Auskunft. (Seiten 4 bis 9)

Wahlparty

3500 Besucher kamen zur Wahlparty am Wahlabend des 13. Mai in den Landtag, die auch eine große Medienshow war. (Seite 10)

Medienland

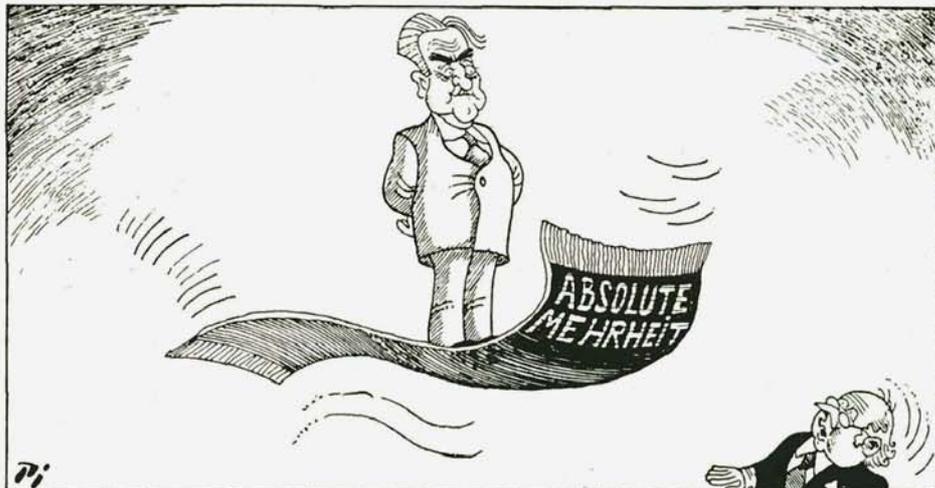
Der Rundfunk- und Medienpolitik im künftigen Medienland Nordrhein-Westfalen galt die besondere Aufmerksamkeit des Hauptausschusses in den vergangenen fünf Jahren. (Seite 12)

Aufstockung

Der neue, zahlenmäßig stärkste Landtag seit Gründung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen macht eine „Aufstockung“ erforderlich. (Seite 12)

Nachträge

Sieben Nachträge hat der Haushalts- und Finanzausschuß in der 10. Legislaturperiode neben den jährlichen Gesamthaushaltsplänen verabschiedet. (Seite 14)



Wir bleiben auf dem Teppich

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

Kommentare zur Wahl: Sorge um Folgen der deutschen Einheit

Der Doppelsieg der SPD bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen wurde von den meisten Zeitungskommentatoren als Schlappe für den deutschlandpolitischen Kurs von Bundeskanzler Helmut Kohl aufgefaßt.

In der Schwebel

Die Kosten der Währungs- und Sozialunion durchsichtig zu machen, hält die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ (Essen) für erforderlich:

Sofern die Bedenken gegen eine übereilte und sozial zu wenig abgesicherte Wiedervereinigung in NRW und Niedersachsen wahlentscheidend waren, haben die Bedenken-träger gesiegt. Und verloren haben diejenigen, die in der Beschleunigung das beste Mittel sehen, auch die vorübergehenden Nachteile der Währungsumstellung für viele DDR-Bürger schnell hinter sich zu bringen...

Dennoch ist vieles jetzt in der Schwebel. Dem Bundeskanzler sind durch die Wahlergebnisse weitere Fesseln angelegt. Daß er statt zu bremsen jetzt beschleunigen will und entgegen früheren Äußerungen sogar daran denkt, möglichst schnell auch gesamtdeutsche Wahlen durchzuführen, zeigt besser als alle Worte, wo seine Besorgnisse liegen.

Helmut Kohl will sich nicht um die Früchte seiner Bemühungen bringen lassen. Anscheinend vertraut er jetzt mehr auf die Stärke der CDU in der DDR als auf die seiner hiesigen Bataillone.

Sir Winston Kohl?

Eine „Wende“ bei der nächsten Bundestagswahl ist nach Ansicht der „Rheinischen Post“ (Düsseldorf) zwar nicht wahrscheinlich, aber angesichts der Unwägbarkeiten der Währungsunion mit der DDR auch nicht ausgeschlossen:

Von ferne würde eine solche Entwicklung an das politische Schicksal des britischen Ministerpräsidenten Sir Winston Churchill erinnern, der seinem Volk im Mai 1945 den Sieg über Hitler-Deutschland bescherte, jedoch bei der Unterhauswahl im Juli 1945 abgewählt wurde. Gewiß, Kohl ist ein Kämpfer wie kein anderer zeitgenössischer deutscher Politiker, aber wenn es ihm nicht gelänge, den durch die gestärkte SPD und die stabiler gewordenen Grünen vorgegebenen Trend zur allgemeinen Nörgelei über die Lasten der Einheit zu stoppen, dann könnte er tatsächlich scheitern. Kein Zufall, daß Genschers Sprecher Möllemann gestern — bezogen auf die NRW-Wahl — Distanz zur CDU suchte. Sir Winston Kohl?

Schwarzer Tag für die CDU

Ebenfalls auf die Bundestagswahl Ende des Jahres richtet die „Bild-Zeitung“ (Hamburg) den Blick:

Die CDU hat Niedersachsen verloren, die SPD hat Nordrhein-Westfalen mit absoluter Mehrheit gehalten. Insgesamt eine schwere Niederlage für Helmut Kohl und seine Partei. Woran liegt das? Ist Kohl nicht der Kanzler der Deutschland-Politik? Liegt die Wirtschaft nicht weiter im Aufschwung? Trotzdem verliert die Bonner Koalition die Mehrheit im Bundesrat. Das Regieren wird schwieriger. Drei Gründe bewirkten die CDU-Niederlage: Angst vor den Kosten der Deutschland-Politik. Mangel an nationaler Aufbruch-Stimmung. Übersättigung mit Wahlen. Kommt die CDU jetzt wieder in die Krise? Der Ausgang der Bundestagswahlen im Dezember ist ungewisser denn je.

Rau nicht abwählbar

Mit den Spitzenkandidaten und den Wahlkampfparolen in NRW befaßt sich „Die Tageszeitung“ (Berlin):

Dieses Ergebnis unterstreicht, daß die Popularität von Rau, gepaart mit der SPD-Aufforderung an die Wähler, für klare Verhältnisse zu sorgen, den Ausschlag gegeben hat. Die CDU, die mit ihrem Spitzenkandidaten Norbert Blüm einen aggressiven Wahlkampf geführt hat, konnte ihr schlechtes Ergebnis von 1985 nicht verbessern. Was sich schon im Wahlkampf abzeichnete, wurde nach der ersten Trendmeldung zur Gewißheit: Die ideologisierte CDU-Kampagne, die darauf abzielte, unter dem Motto „der Sozialismus geht, wir kommen“ von der DDR-Entwicklung zu profitieren, ist gescheitert, sie überzeugte lediglich die eigenen Hardcore-Christdemokraten, die durch den ideologisch überhöhten Wahlkampf intensiv angesprochen und zum Teil sogar euphorisiert wurden.

„Sonnenkönig“

Als „Sonnenkönig“ bezeichnet der „Generalanzeiger“ (Bonn) Ministerpräsident Johannes Rau, dessen Sieg niemand ernsthaft in Frage gestellt habe, und geht auf bundespolitische „Personalexporte“ ein:

Der kostbare Export aus Bonn an die Leine hat nichts genützt. Rita Süßmuth, die den gefährdeten Wahlsieg Ernst Albrechts sichern sollte, kann Bundespräsidentin bleiben. Denn in Hannover gab es die folgenreiche Überraschung des doppelten Wahlabends in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Rot-Grün oder, was unwahrscheinlicher ist, sozial-liberal, wird die politische Zukunft des bisher mit der knappen parlamentarischen CDU/F.D.P.-Mehrheit von einer Stimme regierten Bundeslandes aussehen.

Der Sieger Gerhard Schröder, ein bisher eher unscheinbarer Sozialdemokrat, jedenfalls kein mitreißender Kandidat im mäßig bewegten Rennen, hat mit seinem Sieg die Bundesratsmehrheit der unionsgeführten Länder gekippt.

Nicht einmal Norbert Blüm, der nach Töpfer zweite Kandidat aus dem Bonner Kabinett,

Fortsetzung Seite 15

Stimmen aus dem Ausland

„Mehrheit erwacht aus nationaler Besoffenheit“ betitelt der Kölner Stadtanzeiger eine Sammlung ausländischer Kommentare zum Landtagswahlergebnis.

Furcht unterschätzt

„Der Verlust des letzten Bollwerks im Nordwesten der Bundesrepublik ist nicht irgendeine Wahlschluppe für Bundeskanzler Kohl. In dem schlechten Ergebnis in Niedersachsen spiegelt sich die Angst vor den Folgen der Wiedervereinigung wider. Viele Deutsche in der Bundesrepublik fürchten, daß sie mit der Aufgabe von sozialem Besitzstand für die Vereinigung mitbezahlen müssen. Viele Politiker haben diese Furcht unterschätzt... Die Christdemokraten können das Mißtrauen... gegenüber den angenommenen negativen Folgen der Einheit nicht mehr als ‚Stammischgeschwätz‘ abtun.“

(Allgemeen Dagblad, Niederlande)

Resultat einschneidend

„Nach dieser bedeutungsvollen Landtagswahl steht fest, daß es in der bundesdeutschen Bevölkerung gegen die kommende deutsche Einheit auch starke Vorbehalte gibt. Der Urnengang ist kein Test für die Bundestagswahl in mehr als sieben Monaten. Viele Bürger votieren bei Bundestagswahlen anders als bei Landtagswahlen. Nicht zuletzt steht dann mit Helmut Kohl ein anderes Kaliber zur Wahl als mit Blüm und Albrecht. Dennoch ist das Resultat vom Sonntag einschneidend... Nachdem (die Union) seit der Bundestagswahl bei allen Landtags- und Kommunalwahlen Verluste hinnehmen mußte, hatte sie aus dem Votum der DDR-Bürger frische Hoffnungen geschöpft. Nun hat sich herausge-

stellt, daß der Abwärtstrend noch nicht gebrochen ist.“ (Berner Zeitung, Schweiz)

Lafontaine-Argumente

„Es war eine bittere Wahl für Helmut Kohl. Die CDU wurde geschlagen aufgrund der deutschen Wiedervereinigungssängste. Auch wenn der Sieg von Johannes Rau in Nordrhein-Westfalen vorauszusehen war, so war der Sieg von Gerhard Schröder eine echte Überraschung... Die Mehrheit der 18 Millionen Wähler hat an den Urnen signalisiert, daß sie nicht bereit ist, dem von Kohl verantworteten beschleunigten Rhythmus der Wiedervereinigung zu folgen. Der Wahlausgang deutet an, daß die Mehrheit der Deutschen eher die Argumente des Sozialdemokraten Oskar Lafontaine annimmt als die von Helmut Kohl.“ (Corriere della Sera, Italien)

Nicht Kohls Vorrecht

In diesem für Deutschland entscheidenden Jahr und sieben Monate vor den Parlamentswahlen vom 2. Dezember profitiert Bundeskanzler Kohl nicht länger von der Unterstützung der Mehrheit im Bundesrat. Ein Wechsel, der Folgen für den deutschen Einigungsprozeß haben und den Gleichschritt verlangsamen könnte, dessen Rhythmus das Kanzleramt so energisch vorgibt. Die Sozialdemokraten werden nicht darauf verzichten, Helmut Kohl in Erinnerung zu rufen, daß die Verwirklichung der deutschen Einheit nicht sein Vorrecht ist, und daß sie auch ein Wort zureden haben. (La Libération, Frankreich)

Am Abend der Wahl: Sieger, Herausforderer, Taktiker, Neuankömmlinge



Er freute sich „riesig“ darüber, daß es ihm zum dritten Mal gelungen war, für sich und seine Partei im Lande die absolute Mehrheit zu erreichen: Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) im ARD-Wahlstudio im Gespräch mit Fritz Pleitgen (links) und Dr. Peter Bauer (rechts im Bild). Spekulationen über mögliche Koalitionen erteilte der Ministerpräsident eine klare Absage. Die Wählerinnen und Wähler hätten seine Auffassung bestätigt, daß es sich bei diesem Urnengang um eine Landtagswahl an Rhein und Ruhr gehandelt habe, und nicht um eine Testwahl für den Bund. — Sein Herausforderer, Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm (rechtes Bild bei den Vorbereitungen für den Auftritt vor den Fernsehkameras), erkannte den Sieg Raus an und wünschte ihm „Glück und Gottes Segen“. Zugleich unterstrich Blüm, daß er nach Bonn zurückgehen werde, um als Bundesminister sich weiterhin für das Land einzusetzen.



Enttäuscht über den Ausgang der Wahl zeigte sich F.D.P.-Fraktionsvorsitzender Dr. Achim Rohde (rechts): Der Wähler habe die Arbeit seiner Fraktion offenbar nicht honoriert. Die Liberalen wollen bei der Suche nach den Gründen für ihr Abschneiden noch analysieren, was die angestrebte „Sieben vor dem Komma“ verhindert hat.

	Landtagswahl am 13. Mai 1990		Landtagswahl am 12. Mai 1985*	
	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
Wahlberechtigte	13 037 197		12 705 763	
Wähler	9 355 186		9 560 681	
Wahlbeteiligung		71,8		75,2
Gültige Stimmen	9 291 586		9 479 440	
SPD	4 643 908	50,0	4 942 346	52,1
CDU	3 410 234	36,7	3 463 656	36,5
F.D.P.	535 578	5,8	565 413	6,0
GRÜNE	469 078	5,0	431 371	4,6
REP	171 734	1,8	—	—
ÖDP	46 724	0,5	—	—
NPD	3 382	0,0	—	—
DKP	2 377	0,0	—	—
Patrioten	1 743	0,0	—	—
CM	1 161	0,0	—	—
ZENTRUM	717	0,0	3 366	0,0
Familie	210	0,0	375	0,0
SRP	202	0,0	—	—
FAP	56	0,0	929	0,0
Einzelbewerber	4 482	0,0	—	—
Sonstige	—	—	71 984	0,8

* amtliches Endergebnis



Entgegen aller Trends in Meinungsumfragen vor der Wahl und trotz der eigenen Unsicherheit über den Erfolg ihrer Anstrengungen schafften die „Grünen“ diesmal den Sprung in den Landtag: Auf dem Bild ihre Spitzenkandidatin Bärbel Höhn beim Fernsehinterview. Die Fünfprozenthürde habe man geschafft, weil die Partei mit Müll-, Abfall- und Schulproblemen offenbar die richtigen Themen angesprochen habe.

Erstmals seit 1954 wieder vier Fraktionen im Landtag



Glückwünsche, Erklärungen bei der Wahlparty: v.l. im linken Bild der SPD-Fraktionsvorsitzende Professor Dr. Friedhelm Farthmann (M.) sowie der SPD-Abgeordnete Jürgen Büssow (I.) — im rechten Bild der bisherige CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Bernhard Worms beim Interview. Fotos: Schüler

Der politische Beobachter der nordrhein-westfälischen Landespolitik muß sich schon weit zurückerinnern, um vier Fraktionen im Landtag zu finden. Die Landtagswahl vom 13. Juli 1954 brachte zum letzten Mal vier Parteien in das Landesparlament: Neben CDU, SPD und F.D.P. rückte noch einmal das Zentrum mit neun Abgeordneten in den Landtag; am Ende der Wahlperiode hatte sich diese Zahl durch Übertritte von Abgeordneten auf drei verringert. Der aus vier Fraktionen gebildete 11. Landtag tritt am 31. Mai 1990 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Für 31 von insgesamt 122 Mitgliedern der SPD-Fraktion ist die parlamentarische Arbeit im Landtag Neuland. In der 89köpfigen CDU-Fraktion ist fast jedes zweite

Gesicht neu, wobei aber zu sagen ist, daß von den 40 Neulingen zwei, die Abgeordneten Eckhard Uhlenberg und Siegfried Zellinig, bereits einmal im Landtag saßen. Weder verjüngt noch verändert hat sich die F.D.P.-Fraktion: Sie hatte die ersten 14 Plätze der Landesreserveliste besetzt und just bis zu diesem Platz „zog“ diese Liste: Die neuen Gesichter sind also die „alten“. Was man von der vierten Fraktion, den Grünen, nicht sagen kann: Ihre zwölf Mitglieder sind zum ersten Mal im nordrhein-westfälischen Landtag vertreten. — Die Aufstellung nennt die Namen der gewählten Kandidatinnen und Kandidaten. Die Abkürzungen WK und LR stehen für Wahlkreis und Landesreserveliste.

SPD-Fraktion

Aigner, Georg, Geschäftsführer, Bochum (WK 125)
Alt-Küpers, Hans, Studienrat, Aachen (WK 1)
Apostel, Rudolf, Diplom-Ingenieur, Moers (WK 65)
Berger, Heidemarie, Diplom-Sozialarbeiterin, Essen (WK 80)
Böcker, Manfred, Konrektor a. D., Augustdorf (WK 115)
Böse, Karl, Schulleiter a. D., Dortmund (WK 134)
Boulboulé, Carla, Wissenschaftliche Angestellte, Düsseldorf (WK 45)
Braun, Manfred, Technischer Angestellter, Gladbeck (WK 86)
Bruckschen, Manfred, Dreher, Duisburg (WK 68)
Brülle, Karl-Heinz, Sonderschullehrer, Lippstadt (WK 141)
Brunemeier, Dr. Bernd, Studienrat a. D., Bielefeld (WK 107)
Brunn, Anke, Diplom-Volkswirtin, Köln (WK 18)
Burger, Norbert, Rechtsanwalt, Köln (WK 20)
Büssow, Jürgen, Diplom-Pädagoge, Düsseldorf (WK 47)
Champignon, Bodo, Industriekaufmann, Dortmund (WK 133)
Dammeyer, Dr. Manfred, Diplom-Sozialwirt, Oberhausen (WK 72)
Dedanwala, Vera, Lehrerin, Wuppertal (WK 36)
Degen, Manfred, Obervolkshochschulrat, Marl (WK 82)
Drese, Wolfgang, Technischer Angestellter, Erkrath (WK 41)

Einert, Günther, Volkswirt, Iserlohn (WK 150)
Farthmann, Prof. Dr. Friedhelm, Jurist, Düsseldorf (WK 50)
Fischer, Birgit, Gleichstellungsbeauftragte, Bochum (WK 127)
Flessenkemper, Bernhard, Betriebswirt, Düsseldorf (WK 46)
Freuch, Stefan, Leitender Regierungsdirektor a. D., Neunkirchen-Seelscheid (WK 27)
Frey, Hans, Studienrat a. D., Gelsenkirchen (WK 87)
Friebe, Ingeborg, Hausfrau, Monheim (WK 40)
Garbe, Anna-Maria, Angestellte, Münster (WK 99)
Gerritz, Dr. Eugen, Studiendirektor a. D., Krefeld (WK 58)
Giebelmann, Helga, Diplom-Soziologin, Bielefeld (WK 105)
Gorcitza, Gabriele, Hausfrau, Herne (WK 128)
Gorlas, Johannes, Chemie-Ingenieur, Essen (WK 78)
Grätz, Reinhard, Diplom-Ingenieur, Wuppertal (WK 34)
Greverer, Walter, Dozent, Velbert (WK 43)
Haak, Dr. Dieter, Rechtsanwalt, Hagen (WK 120)
Harms, Günter, Oberstudienrat, Ahlen (WK 101)
Heckelmann, Erich, Schulrat a. D., Grevenbroich (WK 52)
Heidtmann, Herbert, Oberstudiendirektor a. D., Bergneustadt (WK 26)
Heinemann, Hermann, Hauptgeschäftsführer, Iserlohn-Hennen (WK 130)
Hellwig, Helmut, Geschäftsführer, Herne (WK 65)
Hemker, Reinhold, Pfarrer, Rheine (WK 96)
Hemmer, Manfred, Technischer Angestellter, Hamm (WK 139)

Henning, Horst, Betriebsmeister, Leverkusen (WK 21)
Herder, Uwe, Diplom-Ingenieur, Wuppertal (WK 33)
Heugel, Dr. Klaus, Diplom-Kaufmann, Köln (WK 13)
Hilgers, Heinrich, Jugendamtsleiter a. D., Dormagen (WK 51)
Hofmann, Johann Friedrich, Geschäftsführer, Duisburg (WK 69)
Hombach, Bodo, Landesgeschäftsführer, Mülheim an der Ruhr (WK 74)
Hovest, Ludgerus, Gewerkschaftssekretär, Wesel (WK 63)
Hunger, Heinz, Geschäftsführer, Bielefeld (WK 106)
Jaax, Hans, Studiendirektor, Troisdorf (WK 30)
Jankowski, Siegfried, Laborant, Leichlingen (WK 22)
Jansen, Hermann, Gewerkschaftssekretär, Mönchengladbach (WK 54)
Jentsch, Jürgen, Gewerkschaftssekretär, Gütersloh (WK 103)
Kann, Charlotte, Fachreferentin, Duisburg (WK 66)
Kasperek, Dr. Bernhard, Diplom-Ingenieur, Herten (WK 81)
Kern, Hans, Studiendirektor, Wipperfürth (WK 25)
Kessel, Dietrich, Verwaltungsangestellter, Witten (WK 123)
Keuer-Henseler, Annelie, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Köln (WK 15)
Klaps, Hans, Samtweber, Brüggen (WK 57)
Kniola, Franz-Josef, Steinmetzmeister, Dortmund (WK 135)
Kraft, Dr. Hans, Studienrat, Ratingen (WK 42)
Kramps, Wilfried, Geschäftsführer, Hagen (WK 119)
Krumsiek, Dr. Rolf, Justizminister, Wuppertal (WK 110)



Kritische Fragen und große Erleichterung nach der Wahl: v. l. im linken Bild der F.D.P.-Landesvorsitzende Jürgen Möllemann (r.) im Gespräch mit Claus Hinrich Casdorff, Chefredakteur der Landesprogramme — im rechten Bild der neue Abgeordnete der Grünen, Dr. Michael Vesper (M.), mit WDR-Chefredakteur Wolfgang Frings (l.).
Fotos: Schüler

Kupski, Helmut, Landeskirchenoberamtsrat a. D., Krefeld (WK 59)
Kuschke, Wolfram, Sozialwissenschaftler (MA), Lünen (WK 137)
Lucas, Manfred, Polizeibeamter, Kreuzau (WK 8)
Marmulla, Helmut, Bergbauangestellter, Recklinghausen (WK 85)
Matthiesen, Klaus, Sozialpädagoge, Düsseldorf (WK 138)
Mayer, Manfred Ludwig, Berufsberater, Düsseldorf (WK 48)
Mernizka, Loke, Walzwerker, Siegen (WK 146)
Meyer zur Heide, Günter, Elektromechaniker, Hiddenhausen (WK 108)
Meyer-Schiffer, Gisela, Wissenschaftliche Angestellte, Duisburg (WK 67)
Morawietz, Marie-Luise, Industriekauffrau, Viersen (WK 56)
Moritz, Hans-Dieter, Geschäftsführer, Neunkirchen (WK 145)
Moron, Edgar, Angestellter, Erftstadt (WK 11)
Niggeloh, Lothar, Maschinenschlosser, Gevelsberg (WK 121)
Pazdziora-Merk, Jarka, Graphologin, Essen (WK 79)
Pfänder, Erwin, Kaufmännischer Angestellter, Dortmund (WK 131)
Pflug, Johannes, Diplom-Ingenieur, Duisburg (WK 70)
Poulheim, Bernhard, Industriekaufmann, Bergheim (WK 9)
Radtke, Horst, Diplom-Sozialarbeiter, Essen (WK 75)
Rau, Dr. h. c. Johannes, Ministerpräsident, Wuppertal (WK 35)
Rauterkus, Marita, Angestellte, Köln (WK 16)
Reinecke, Donata, Studienrätin, Köln (WK 17)
Reinhard, Egbert, Städtischer Rechtsdirektor a. D., Gelsenkirchen-Buer (WK 88)
Retz, Adolf, Technischer Angestellter, Jülich (WK 7)
Ridder-Melchers, Ilse, Parl. Staatssekretärin, Coesfeld (LR)
Rohe, Hans, Geschäftsführer, Minden (WK 112)
Rothstein, Erika, Kaufmännische Angestellte, Solingen (WK 39)
Rusche, Karl-Heinz, Kaufmann, Oer-Erkenschwick (WK 83)
Schaufuß, Jürgen, Rektor a. D., Frechen (WK 10)
Schleußer, Heinz, Finanzminister, Oberhausen (WK 71)

Schmid, Irmgard, Lehrerin, Kierspe (WK 149)
Schmidt, Ulrich, Kaufmännischer Angestellter, Wetter/Ruhr (WK 122)
Schnepel, Karl-Heinz, Former, Löhne (WK 109)
Schnoor, Dr. Herbert, Minister, Düsseldorf (WK 44)
Schreiber, Friedrich, Rechtsanwalt, Schwerte-Geisecke (WK 136)
Schultheis, Karl, Lehrer, Aachen (WK 2)
Schultz, Volkmar, Journalist, Köln (WK 14)
Schumacher, Robert, Zentralheizungs- und Lüftungsbaumeister, Remscheid (WK 37)
Schwier, Hans, Schulrat a. D., Halle (WK 104)
Sieg, Gunther, Rechtsanwalt, Tecklenburg (WK 97)
Sohns, Eberhard, Ingenieur, Kamp-Lintfort (WK 62)
Sommerfeld, Horst, Gewerkschaftssekretär, Castrop-Rauxel (WK 84)
Speth, Brigitte, Diplom-Physikerin, Düsseldorf (WK 49)
Steinkühler, Horst, Industriemeister, Oerlinghausen (WK 113)
Stevens, Martin, Schwimmeister, Eschweiler (WK 3)
Strehl, Klaus, Diplom-Kommunalbeamter, Bottrop (WK 90)
Stüber, Ernst-Otto, Journalist, Bochum (WK 124)
Thulke, Jürgen, Technischer Fernmeldeamtsrat, Essen (WK 76)
Trinius, Reinhold, Oberstudienrat a. D., Porta Westfalica (WK 111)
Vöge, Horst-Dieter, Kaufmännischer Angestellter, Dinslaken (WK 64)
Vollmann, Dr. Wilhelm, Wissenschaftlicher Angestellter, Köln (WK 19)
Vorpeil, Johann, Abteilungsleiter, Alsdorf (WK 4)
Walsken, Ernst-Martin, Diplom-Verwaltungswirt, Solingen (WK 38)
Weber, Günter, Technischer Angestellter, Mülheim an der Ruhr (WK 73)
Wendzinski, Gerhard, Physik-Ingenieur, Dortmund (WK 132)
Werthmann, Ellen, Hausfrau, Gelsenkirchen (WK 89)
Wilmbusse, Reinhard, Justizamtman a. D., Lemgo (WK 114)
Wirth, Gerhard Walter, Geschäftsführer, Meinerzhagen (WK 148)
Wirtz, Heinz, Bezirks-Verwaltungsstellenleiter, Bochum (WK 126)
Wolf, Gerd-Peter, Diplom-Verwaltungswirt, Essen (WK 77)

CDU-Fraktion

Arentz, Hermann-Josef, Abteilungsleiter, Köln (LR)
Balke, Franz-Josef, Tischlermeister, Verl (WK 102)
Bensmann, Peter, Soldat, Unna-Lünern (LR)
Böckelmann, Petra, Lehrerin, Menden (WK 151)
Britz, Franz-Josef, Oberstudienrat, Essen (LR)
Brüning, Hannelore, Kauffrau, Neuenkirchen (WK 95)
Dautzenberg, Leo, Diplom-Betriebswirt, Heinsberg (WK 5)
Decking-Schwill, Brunhild, Lehrerin, Dortmund (LR)
Diegel, Helmut, Kaufmännischer Leiter, Hagen (LR)
Dinther, Regina van, Diplom-Ingenieurin, Wetter (LR)
Dreyer, Heinrich, Bundesbahnbeamter, Löhne (LR)
Engelhardt, Andreas, Industriekaufmann, Wuppertal (LR)
Giltjes, Norbert, Schulrat, Emmerich (WK 61)
Gregull, Georg, Sozialarbeiter, Remscheid (LR)
Hahn, Dr. Rolf, Staatsanwalt, Overath (WK 23)
Harbich, Helmut, Hauptgeschäftsführer, Mönchengladbach (WK 55)
Hardt, Heinz, Ingenieur, Düsseldorf (LR)
Hegemann, Lothar, Versicherungskaufmann, Recklinghausen (LR)
Hieronymi, Ruth, Hausfrau, Bonn (WK 32)
Horn, Dr. Hans, Oberstudienrat, Waldbröhl (LR)
Hüls, Ottilie, Hausfrau, Ibbenbüren (LR)
Hussing, Karin, Hausfrau, Herne (LR)
Jäcker, Horst, Industriekaufmann, Werdohl (LR)
Jaeger, Wolfgang, Kaufmännischer Angestellter, Gelsenkirchen-Buer (LR)
Kampmann, Hermann, Diözesansekretär, Hamm (LR)
Keller, Ilka, Reiseverkehrskauffrau, Swisttal-Heimerzheim (WK 29)
Klimke, Dr. Reiner, Rechtsanwalt und Notar, Münster (LR)
Klose, Dr. Hans-Ulrich, Richter a. D., Korschenbroich (WK 53)
Knipschild, Karl Anton, Kaufmännischer

Angestellter, Schmalleberg-Westernbodefeld (WK 144)
Kollorz, Friedrich, Bergmann, Recklinghausen (LR)
Krieger, Rolf, Studiendirektor, Siegburg (LR)
Kriele, Prof. Dr. Martin, Universitätsprofessor, Leverkusen (LR)
Krömer, Wilhelm, Geschäftsführer, Petershagen (LR)
Kruse, Heinrich, Landwirtschaftsmeister, Bocholt (WK 91)
Kuckart, Leonhard, Kaufmännischer Angestellter, Schwelm (LR)
Kuhmichel, Manfred, Hauptschulrektor, Essen (LR)
Langen, Günter, Kaufmann, Medebach (WK 143)
Leifert, Albert, Landwirt, Drensteinfurt (WK 100)
Lichtenberg, Dr. Hans-Jürgen, Publizist, Wuppertal (LR)
Lieven, Wilhelm, Landwirt und Müller, Titz (LR)
Lindlar, Hans Peter, Oberstudienrat, Hennef/Sieg (LR)
Linssen, Dr. Helmut, Kaufmann, Geldern (WK 60)
Lorenz, Dr. Andreas, Diplom-Chemiker, Aachen (LR)
Löseke, Alfons, Industriekaufmann, Arnsberg (WK 142)
Lüke, Wilhelm, Sonderschuldirektor a. D., Paderborn (WK 118)
Matthäus, Hildegard, Fachoberlehrerin, Oberhausen (LR)
Meulenbergh, Karl, Diplom-Agrar-Ingenieur, Herzogenrath (LR)
Meyer, Laurenz, Diplom-Volkswirt, Hamm (LR)
Meyers, Heinrich, Lehrer, Hamminkeln-Marienthal (LR)
Mohr, Paul, Lehrer, Warburg (LR)
Möhrmann, Prof. Dr. Renate, Universitätsprofessorin, Köln (LR)
Nagel, Karl, Rektor a. D., Borken (WK 92)
Neuhaus, Walter, Landwirt, Schalksmühle (LR)
Opladen, Maria Theresia, Rechtsanwältin, Bergisch Gladbach (WK 24)
Pangels, Franz-Josef, Landwirt, Erkelenz-Matzerath (WK 6)
Paus, Heinz, Rechtsanwalt und Notar, Detmold (LR)
Paus, Marianne, Hausfrau, Bielefeld (LR)
Philipp, Beatrix, Schulleiterin, Düsseldorf (LR)
Pohl, Dr. Ottmar, Rechtsanwalt, Köln (LR)

Posdorf, Prof. Dr. Horst, Mathematik-Professor, Bochum (LR)
Püll, Franz, Schornsteinfegermeister, Mülheim/Ruhr (LR)
Reinhardt, Gudrun, Hausfrau, Siegen (LR)
Reul, Herbert, Studienrat, Leichlingen (LR)
Riscop, Franz, Satzsetzermeister, Königswinter (WK 28)
Robels-Fröhlich, Marlis Ingrid, Fernsehredakteurin, Köln (LR)
Rüsenberg, Antonius, Sozialarbeiter, Steinheim (WK 116)
Schauert, Hartmut, Rechtsanwalt und Notar, Kirchhundem-Flape (WK 147)
Schewick, Heinz-Helmich van, Diplom-Psychologe, Bonn (WK 31)
Schnittges, Winfried, Diplom-Betriebswirt, Krefeld (LR)
Schmitz, Hermann-Josef, Landwirt, Willich (LR)
Schraps, Dr. Annemarie, Geologin, Krefeld (LR)
Schumacher, Werner, Diplom-Volkswirt, Kall (WK 12)
Schwericke, Dr. Jürgen, Rechtsanwalt, Leverkusen (LR)
Siepenkothen, Anne-Hanne, Hausfrau, Düsseldorf (LR)
Skorzak, Franz, Gewerkschaftssekretär, Ahaus (WK 93)
Stallmann, Klaus-Dieter, Industriekaufmann, Lünen-Brambauer (LR)
Strothmann, Karl-Ernst, Verbandsgeschäftsführer, Gütersloh (LR)
Stump, Werner, Regierungsoberamtsrat, Kerpen-Sindorf (LR)
Twenhöven, Dr. Georg, Leiter eines kirchlichen Bildungswerkes, Münster (WK 98)
Uhlenberg, Eckhard, Landwirt, Werl-Büderich (WK 140)
Unger, Hans-Karl von, Diplom-Ingenieur, Duisburg (LR)
Völker, Klaus-Dieter, Bankangestellter, Haan-Grüiten (LR)
Wächter, Gerhard, Diplom-Volkswirt, Wünenberg-Helmern (WK 117)
Wagner, Johannes, Sozialarbeiter, Oberhausen (LR)
Wegener, Karl, Landwirt, Lüdinghausen (WK 94)
Wischermann, Bärbel, Angestellte, Bottrop (LR)
Woldering, Marie-Luise, Rechtsanwältin und Notarin, Bocholt (LR)
Worms, Dr. Bernhard, Diplom-Volkswirt, Pulheim (LR)
Zellnig, Siegfried, Rechtsanwalt, Neuss (LR)

F.D.P.-Fraktion

Dorn, Wolfram, Schriftsteller, Bonn (LR)
Kuhl, Hans-Joachim, Feuerwehrbeamter a. D., Kamp-Lintfort (LR)
Lanfermann, Heinz, Richter am Landgericht a. D., Oberhausen (LR)
Larisika-Ulmke, Dagmar, Kriminalkommissarin, Fröndenberg (LR)
Meyer, Friedrich, Elektromeister, Westerkappeln (LR)
Reichel, Andreas, Bankkaufmann, Köln (LR)
Riemer, Dr. Horst-Ludwig, Rechtsanwalt, Düsseldorf (LR)
Rohde, Dr. Achim, Regierungspräsident a. D., Neuss (LR)
Ruppert, Michael, Journalist, Wuppertal (LR)
Schultz-Tornau, Joachim, Verwaltungsjurist, Bielefeld (LR)
Thomann-Stahl, Marianne, Diplom-Volkswirtin, Paderborn (LR)
Tschoeltsch, Hagen, Ingenieur, Neunkirchen (LR)
Wickel, Rudolf, Technischer Angestellter, Bonn (LR)
Witteler-Koch, Ruth, Journalistin, Mönchengladbach (LR)

Fraktion Die GRÜNEN

Appel, Roland, Politologe, Bonn (LR)
Busch, Dr. Manfred, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Düsseldorf (LR)
Grüber, Dr. Katrin, Umweltreferentin, Erkrath (LR)
Höhn, Bärbel, Diplom-Mathematikerin, Oberhausen (LR)
Hürten, Marianne, Chemielaborantin, Köln (LR)
Kreutz, Daniel, Maschinenschlosser, Köln (LR)
Mai, Gerhard, Lehrer, Heinsberg (LR)
Martsch, Siegfried, Landwirt, Borken-Marbeck (LR)
Nacken, Gisela, Architektin, Dipl.-Ing., Aachen (LR)
Scheffler, Beate, Lehrerin, Bochum (LR)
Schumann, Brigitte, Lehrerin, Mülheim/Ruhr (LR)
Vesper, Dr. Michael, Diplom-Soziologe, Bielefeld (LR)



Wahlfest auf allen Fluren und im Restaurant: v.l. im linken Bild der wiedergewählte Abgeordnete und Arbeitsminister Hermann Heinemann (SPD) mit Landtagsmitarbeiterin Elke Diekelmann — im rechten Bild der WDR-Stammtisch mit Hans Dieter Hüscher (r.) und Moderator Rolf Bringmann (l.).
 Fotos: Schüler

Einzelergebnisse der Landtagswahl 1990

Wahlkreis		Ergebnis der Landtagswahl vom 13. Mai 1990 (in Klammern Veränderungen gegenüber der Landtagswahl 1985)				Gewählt
		SPD	CDU	F.D.P.	Grüne	
Nr.	Bezeichnung					
1	Aachen I	43,5 (-2,6)	38,6 (-0,6)	6,9 (-0,1)	8,5 (+1,5)	Alt-Küpers, Hans (SPD)
2	Aachen	44,8 (-2,5)	39,3 (-0,9)	6,2 (+0,5)	7,2 (+1,2)	Schultheis, Karl (SPD)
3	Kreis Aachen I	47,8 (-1,8)	40,4 (-0,9)	5,2 (+0,4)	4,4 (+0,8)	Stevens, Martin (SPD)
4	Kreis Aachen II	54,8 (-2,9)	35,3 (-0,5)	3,2 (+0,1)	4,5 (+1,1)	Vorpeil, Hans (SPD)
5	Heinsberg I	36,2 (+0,1)	53,9 (-0,6)	4,0 (-1,3)	4,0 (+0,6)	Dautzenberg, Leo (CDU)
6	Heinsberg II	43,6 (-1,5)	45,5 (+0,7)	4,8 (-1,0)	3,4 (-0,1)	Pangels, Franz-Josef (CDU)
7	Düren I	47,8 (-1,2)	41,1 (-1,3)	5,1 (-0,2)	4,2 (+1,6)	Retz, Adolf (SPD)
8	Düren II	46,6 (+0,6)	41,2 (-1,8)	5,6 (-1,4)	4,1 (+0,9)	Lucas, Manfred (SPD)
9	Erftkreis I	55,6 ±0	33,9 (-2,7)	4,3 (+0,1)	3,6 (+0,6)	Poulheim, Bernhard (SPD)
10	Erftkreis II	51,7 (-1,8)	34,9 (-1,1)	6,3 (+0,1)	4,6 (+0,1)	Schaufuß, Jürgen (SPD)
11	Erftkreis III — Euskirchen I	49,2 (-1,4)	37,0 (-0,2)	7,2 (-0,7)	4,2 (+0,5)	Moron, Edgar (SPD)
12	Euskirchen II	38,0 ±0	47,5 (-2,2)	8,1 (+0,1)	4,1 (+0,6)	Schumacher, Werner (CDU)
13	Köln I	49,5 (-2,6)	25,4 (-3,9)	6,8 (+0,7)	15,5 (+4,5)	Dr. Heugel, Klaus (SPD)
14	Köln II	52,8 (-1,8)	30,6 (-2,0)	7,4 (+0,2)	5,5 (+0,8)	Schultz, Volkmar (SPD)
15	Köln III	46,9 (-2,6)	34,8 (-0,5)	10,2 (+1,0)	5,6 (+0,4)	Kever-Henseler, Anna Magdalena (SPD)
16	Köln IV	41,5 (-0,9)	37,2 (-1,5)	10,7 (-0,4)	8,4 (+1,5)	Rauterkus, Marita (SPD)
17	Köln V	54,6 (-3,7)	29,4 (-1,0)	5,6 (+0,5)	6,5 (+1,1)	Reinecke, Donata (SPD)
18	Köln VI	53,0 (-2,4)	29,0 (-2,9)	5,8 (+0,7)	8,5 (+1,9)	Brunn, Anke (SPD)
19	Köln VII	56,6 (-2,8)	29,0 (-0,5)	5,8 (+0,6)	5,7 (+0,7)	Dr. Vollmann, Wilhelm (SPD)
20	Köln VIII	54,8 (-4,4)	29,8 ±0	5,8 (+0,6)	5,6 (+0,6)	Burger, Norbert (SPD)
21	Leverkusen I	50,6 (-6,7)	34,7 (+2,8)	6,6 (+0,4)	5,1 (+1,2)	Henning, Horst (SPD)
22	Leverkusen II — Rheinisch- Bergischer Kreis I	46,7 (-4,5)	37,1 (+2,6)	7,8 (-0,8)	5,6 (+0,7)	Jankowski, Siegfried (SPD)
23	Rheinisch-Bergischer Kreis II	40,3 (-1,6)	43,1 (-0,2)	8,6 (-0,8)	5,5 (+0,7)	Dr. Hahn, Rolf (CDU)
24	Rheinisch-Bergischer Kreis III	41,5 (-2,6)	41,9 (+2,2)	8,6 (-1,3)	5,6 (+0,2)	Opladen, Maria-Theresia (CDU)
25	Oberbergischer Kreis I	45,4 (-0,2)	41,8 (-0,8)	6,1 (-0,7)	4,1 (-0,1)	Kern, Hans (SPD)
26	Oberbergischer Kreis II	46,4 (-2,0)	41,8 (+0,9)	5,6 (-0,6)	4,0 (+0,1)	Heidtmann, Herbert (SPD)
27	Rhein-Sieg-Kreis I	43,6 (-1,4)	41,4 (-0,3)	7,3 (-0,8)	5,6 (+1,0)	Frechen, Stefan (SPD)
28	Rhein-Sieg-Kreis II — Bonn I	38,0 (-1,2)	44,6 (-0,1)	8,7 (-2,0)	6,2 (+1,4)	Riscop, Franz (CDU)
29	Rhein-Sieg-Kreis III	35,8 (+0,3)	48,7 (+0,1)	9,7 (-1,0)	5,0 (+0,6)	Keller, Ilka (CDU)
30	Rhein-Sieg-Kreis IV	46,1 (-3,2)	40,3 (+0,3)	6,2 ±0	5,0 (+1,3)	Jaax, Hans (SPD)
31	Bonn II	39,6 (+1,5)	39,7 (-2,1)	9,7 (-1,4)	8,8 (+0,6)	van Schewick, Heinz-Helmich (CDU)
32	Bonn III	38,0 (-0,1)	44,1 (-1,0)	9,9 (-1,0)	5,5 (+0,3)	Hieronymi, Ruth (CDU)
33	Wuppertal I	50,7 (-2,0)	31,0 (-0,8)	10,2 (+0,9)	5,1 (-0,2)	Herder, Uwe (SPD)
34	Wuppertal II	53,2 (-1,7)	28,5 (-1,2)	8,0 (+0,2)	7,3 (+0,6)	Grätz, Reinhard (SPD)
35	Wuppertal III	54,9 (-1,3)	29,3 (-0,7)	7,9 ±0	4,9 (-0,1)	Rau, Johannes (SPD)
36	Wuppertal IV	55,1 (-3,4)	30,1 (+0,4)	7,1 (+0,2)	4,3 (+0,1)	Dedanwala, Vera (SPD)
37	Remscheid	51,5 (-2,2)	34,0 (-0,7)	7,9 (+0,7)	3,8 (-0,1)	Schumacher, Robert (SPD)
38	Solingen I	50,7 (-1,6)	32,0 (-2,0)	9,0 (+0,5)	4,2 ±0	Walsken, Ernst-Martin (SPD)
39	Solingen II	46,8 (-1,8)	34,4 (-1,6)	10,5 (+1,0)	4,3 (-0,3)	Rothstein, Erika (SPD)
40	Mettmann I	48,4 (-2,2)	36,9 (-0,3)	6,9 ±0	5,2 (+0,6)	Friebe, Ingeborg (SPD)
41	Mettmann II	46,5 (-1,9)	37,0 (+1,5)	8,8 (-1,6)	5,1 (+0,3)	Drese, Wolfgang (SPD)
42	Mettmann III	46,8 (-1,7)	37,6 ±0	7,9 (-0,8)	5,3 (+0,8)	Dr. Kraft, Hans (SPD)
43	Mettmann IV	52,5 (-2,2)	35,3 (+0,9)	5,5 (-0,4)	4,1 (+0,3)	Grevener, Walter (SPD)
44	Düsseldorf I	45,5 (-1,8)	39,1 (+0,5)	8,1 (-1,0)	4,9 (+0,5)	Dr. Schnoor, Herbert (SPD)
45	Düsseldorf II	47,6 (-1,6)	35,6 (+0,4)	7,8 (-1,5)	6,4 (+1,1)	Boulboulé, Carla (SPD)
46	Düsseldorf III	56,2 (-2,0)	29,9 (-1,1)	5,0 (-0,2)	5,8 (+1,3)	Flessenkemper, Bernhard (SPD)
47	Düsseldorf IV	52,8 (-2,0)	34,1 (-0,5)	5,5 (-0,4)	4,4 (+0,4)	Büssow, Jürgen (SPD)
48	Düsseldorf V	50,6 (-0,2)	33,2 (-1,6)	6,0 (-0,4)	7,9 (+1,2)	Mayer, Manfred Ludwig (SPD)
49	Düsseldorf VI	45,6 (-0,9)	37,4 ±0	7,7 (-2,0)	7,1 (+1,5)	Speth, Brigitte (SPD)

Wahlkreis		Ergebnis der Landtagswahl vom 13. Mai 1990 (in Klammern Veränderungen gegenüber der Landtagswahl 1985)				Gewählt
Nr.	Bezeichnung	SPD	CDU	F.D.P.	Grüne	
50	Neuss I	43,5 (-0,9)	42,6 (-1,3)	6,4 (-0,4)	4,4 (+0,5)	Prof. Dr. Farthmann, Friedhelm (SPD)
51	Neuss II	47,9 (+0,1)	40,3 (-1,0)	5,4 (-0,5)	3,8 (+0,3)	Hilgers, Heinrich (SPD)
52	Neuss III	49,6 (+1,0)	39,3 (-2,9)	5,3 (+0,1)	3,3 (+0,4)	Heckelmann, Erich (SPD)
53	Neuss IV	38,8 (-0,7)	45,9 (+1,1)	8,6 (-1,8)	4,6 ±0	Dr. Klose, Hans-Ulrich (CDU)
54	Mönchengladbach I	46,7 (-2,1)	39,6 (+1,3)	6,5 (-1,2)	4,4 (+0,2)	Jansen, Hermann (SPD)
55	Mönchengladbach II	40,9 (-0,9)	45,1 (+0,9)	6,7 (-1,5)	4,6 (+0,2)	Harbich, Helmut (CDU)
56	Viersen I	44,3 (+0,1)	42,5 (-0,9)	6,5 (-0,8)	4,4 (-0,1)	Morawietz, Marie-Luise (SPD)
57	Viersen II	43,4 (+0,6)	43,3 (-1,4)	7,0 (-0,7)	4,3 (+0,2)	Klaps, Hans (SPD)
58	Krefeld I	50,1 (-0,9)	35,5 (-2,1)	5,8 ±0	5,9 (+1,0)	Dr. Gerritz, Eugen (SPD)
59	Krefeld II	47,4 (-0,4)	38,8 (-2,4)	6,6 (+0,5)	4,9 (+0,6)	Kupski, Helmut (SPD)
60	Kleve I	37,4 (+0,4)	51,2 (-1,7)	5,5 (-0,3)	3,9 (+0,2)	Dr. Linssen, Helmut (CDU)
61	Kleve II	43,3 (+1,4)	45,2 (-1,9)	5,6 (-0,1)	3,9 (-0,6)	Giltjes, Norbert (CDU)
62	Wesel I	54,3 (-2,5)	34,1 (+0,1)	4,8 ±0	4,6 (+1,0)	Sohns, Eberhard (SPD)
63	Wesel II	45,4 (-1,3)	42,8 (+0,2)	5,3 (-1,0)	4,6 (+0,7)	Hovest, Ludgerus (SPD)
64	Wesel III	60,7 (-2,8)	26,7 (+1,1)	6,4 (+0,5)	6,2 (+1,9)	Vöge, Horst (SPD)
65	Wesel IV	61,7 (-4,2)	26,0 (+1,8)	5,1 (-0,1)	4,6 (+0,6)	Apostel, Rudolf (SPD)
66	Duisburg I	63,2 (-1,6)	27,8 (+0,6)	3,7 (+0,1)	4,5 (+0,9)	Kann, Charlotte (SPD)
67	Duisburg II	58,8 (-2,0)	27,7 (-1,0)	4,1 (-0,3)	6,4 (+1,4)	Meyer-Schiffer, Gisela (SPD)
68	Duisburg III	64,2 (-3,1)	24,0 (-0,1)	3,8 (-0,2)	4,8 (+0,9)	Bruckschen, Manfred (SPD)
69	Duisburg IV	71,0 (-2,3)	21,5 (+1,1)	2,6 (+0,2)	3,5 (+0,4)	Hofmann, Friedrich (SPD)
70	Duisburg V	69,4 (-2,2)	22,9 (+0,8)	2,2 (-0,1)	4,3 (+1,0)	Pflug, Johannes (SPD)
71	Oberhausen I	62,9 (-3,5)	26,1 (+0,1)	3,9 (+0,5)	4,1 (+0,6)	Schleußer, Heinz (SPD)
72	Oberhausen II	62,8 (-3,6)	25,2 (-0,5)	4,3 (+0,8)	4,8 (+1,2)	Dr. Dammeyer, Manfred (SPD)
73	Mülheim I	60,3 (-3,5)	26,7 (+1,4)	5,3 (-0,1)	4,9 (+0,2)	Weber, Günter (SPD)
74	Mülheim II	52,2 (-4,1)	30,8 (+1,4)	7,2 (-0,2)	7,2 (+1,0)	Hombach, Bodo (SPD)
75	Essen I	59,0 (-3,9)	26,6 (-0,6)	4,4 (+0,7)	7,0 (+1,8)	Radtko, Horst (SPD)
76	Essen II	61,3 (-3,2)	28,0 (-0,2)	3,5 (+0,6)	4,4 (+1,0)	Thulke, Jürgen (SPD)
77	Essen III	70,3 (-4,5)	20,1 (+0,1)	2,2 (+0,5)	3,7 (+1,1)	Wolf, Gerd-Peter (SPD)
78	Essen IV	61,4 (-4,1)	27,3 (+0,7)	3,6 (+0,4)	4,3 (+0,3)	Gorlas, Johannes (SPD)
79	Essen V	51,8 (-4,3)	31,8 (+0,2)	6,6 (+0,7)	6,8 (+1,5)	Pazdziora-Merk, Jarka (SPD)
80	Essen VI	44,5 (-4,0)	38,5 (+0,8)	8,2 (+0,2)	6,2 (+1,1)	Berger, Heidi (SPD)
81	Recklinghausen I	55,8 (-2,7)	33,3 (+0,9)	4,0 (-0,3)	4,4 (+5,0)	Dr. Kasperek, Bernhard (SPD)
82	Recklinghausen II	62,0 (-4,1)	26,0 (+1,3)	4,1 (+0,3)	5,1 (+0,6)	Degen, Manfred (SPD)
83	Recklinghausen III	54,1 (-2,1)	35,2 (+0,4)	3,5 (-0,2)	5,1 (+0,4)	Rusche, Karl-Heinz (SPD)
84	Recklinghausen IV	59,4 (-3,9)	29,1 (+0,4)	3,5 (+0,5)	5,2 (+0,8)	Sommerfeld, Horst (SPD)
85	Recklinghausen V	56,7 (-4,0)	31,1 (+1,0)	4,3 (+0,6)	4,8 (+0,2)	Marmulla, Helmut (SPD)
86	Recklinghausen VI	63,8 (-3,0)	26,5 (+1,0)	3,1 (+0,2)	3,7 (+0,4)	Braun, Manfred (SPD)
87	Gelsenkirchen I	64,0 (-2,5)	24,4 (-1,4)	2,6 (-0,1)	4,9 (+1,2)	Frey, Hans (SPD)
88	Gelsenkirchen II	64,3 (-4,7)	24,4 (+0,9)	2,4 ±0	4,8 (+0,8)	Reinhard, Egbert (SPD)
89	Gelsenkirchen III	61,8 (-6,2)	26,6 (+2,5)	3,2 (+0,7)	5,2 (+1,0)	Werthmann, Ellen (SPD)
90	Boitrop	62,0 (-0,8)	29,0 (-0,2)	2,7 (-0,2)	3,4 ±0	Strehl, Klaus (SPD)
91	Borken I	41,0 (+0,5)	51,0 (-0,9)	3,0 (-0,7)	3,8 (+0,6)	Kruse, Heinrich (CDU)
92	Borken II	31,4 (+1,7)	57,9 (-3,2)	5,3 (+0,7)	3,4 ±0	Nagel, Karl (CDU)
93	Borken III	36,5 (+0,3)	54,5 (-1,2)	4,1 (-0,2)	3,1 (-0,1)	Skorzak, Franz (CDU)
94	Coesfeld I	37,4 (+1,6)	51,1 (-2,4)	5,3 (+0,1)	4,7 (+0,3)	Wegener, Karl (CDU)
95	Steinfurt I – Coesfeld II	38,9 (+1,8)	49,5 (-1,7)	5,3 (-0,5)	4,5 (-0,1)	Brüning, Hannelore (CDU)
96	Steinfurt II	46,3 (+1,5)	43,3 (-0,8)	5,1 (-0,8)	3,9 (-0,5)	Hemker, Reinhold (SPD)
97	Steinfurt III	50,0 (-0,8)	37,2 (-0,3)	6,1 (-0,6)	5,4 (+0,9)	Sieg, Gunther (SPD)
98	Münster I	40,2 (+0,5)	40,6 (-0,1)	8,2 (-0,4)	9,0 (-0,9)	Dr. Twenhöven, Georg (CDU)
99	Münster II	42,9 (+0,2)	39,3 (-0,7)	7,9 (+0,4)	7,9 (-0,9)	Garbe, Anne (SPD)
100	Warendorf I	38,0 (-1,1)	48,6 (-0,2)	6,4 (-0,3)	5,3 (+0,6)	Leifert, Albert (CDU)
101	Warendorf II	47,6 (-1,1)	41,9 (-0,2)	4,4 ±0	3,5 (-0,3)	Harms, Günter (SPD)

Wahlkreis		Ergebnis der Landtagswahl vom 13. Mai 1990 (in Klammern Veränderungen gegenüber der Landtagswahl 1985)				Gewählt
Nr.	Bezeichnung	SPD	CDU	F.D.P.	Grüne	
102	Gütersloh I	35,7 (-0,3)	52,6 (-0,9)	5,5 (-0,6)	3,5 (-0,3)	Balke, Franz-Josef (CDU)
103	Gütersloh II	44,8 (-1,0)	42,0 (+1,3)	6,8 (-0,4)	5,3 (-0,4)	Jentsch, Jürgen (SPD)
104	Gütersloh III	45,4 (-2,9)	41,3 (+2,4)	6,5 (-0,4)	5,3 ±0	Schwier, Hans (SPD)
105	Bielefeld I	47,8 (-4,7)	36,3 (+2,8)	7,3 (+0,5)	6,3 (-0,2)	Gießelmann, Helga (SPD)
106	Bielefeld II	48,2 (-2,9)	34,8 (+2,4)	6,3 (-0,4)	9,7 (+0,9)	Hunger, Heinz (SPD)
107	Bielefeld III	48,7 (-3,7)	37,9 (+3,6)	6,8 ±0	5,5 (-0,2)	Dr. Brunemeier, Bernd (SPD)
108	Herford I	51,0 (-2,4)	38,0 (+2,4)	5,2 (-0,6)	4,9 (+0,2)	Meyer zur Heide, Günter (SPD)
109	Herford II	54,8 (-3,3)	33,8 (+2,6)	6,1 (+0,2)	4,4 (+0,2)	Schnepel, Karl-Heinz (SPD)
110	Minden-Lübbecke I	48,3 (-0,8)	42,2 (+0,8)	5,5 (-0,1)	3,3 (-0,2)	Dr. Krumsiek, Rolf (SPD)
111	Minden-Lübbecke II	53,5 (-1,2)	33,1 (+0,6)	6,6 (-1,3)	4,4 (+0,1)	Trinius, Reinhold (SPD)
112	Minden-Lübbecke III	54,2 (-3,1)	32,0 (+2,8)	5,4 (-2,4)	5,6 (+0,6)	Rohe, Hans (SPD)
113	Lippe I	48,8 (-4,4)	34,9 (+1,5)	8,4 (+0,4)	4,8 (+0,1)	Steinkühler, Horst (SPD)
114	Lippe II	54,7 (-3,0)	33,2 (+2,7)	6,0 (-0,5)	5,3 (+0,6)	Wilmbusse, Reinhard (SPD)
115	Lippe III	48,9 (-2,9)	35,7 (+1,8)	7,7 (-0,6)	5,3 ±0	Böcker, Manfred (SPD)
116	Höxter	35,3 (+0,4)	54,6 (-0,7)	4,5 (-0,8)	3,7 (-0,3)	Rüsenberg, Antonius (CDU)
117	Paderborn I	31,5 (+1,1)	57,1 (-3,1)	5,1 ±0	4,1 (+0,4)	Wächter, Gerhard (CDU)
118	Paderborn II	34,0 (-0,8)	50,6 (-1,7)	6,4 (-0,5)	5,7 (+0,3)	Lüke, Wilhelm (CDU)
119	Hagen I	56,0 (-2,9)	32,7 (+1,3)	3,9 (-0,8)	3,9 (-0,5)	Kramps, Wilfried (SPD)
120	Hagen II	51,3 (-2,8)	34,2 (+0,7)	5,9 (-0,5)	5,3 (+0,2)	Dr. Haak, Dieter (SPD)
121	Ennepe-Ruhr-Kreis I	55,3 (-2,4)	31,2 (+0,5)	6,3 (-0,3)	4,4 (+0,3)	Niggeloh, Lothar (SPD)
122	Ennepe-Ruhr-Kreis II	58,4 (-2,1)	28,2 (-0,1)	5,9 (+0,4)	5,2 (+0,3)	Schmidt, Ulrich (SPD)
123	Ennepe-Ruhr-Kreis III	62,3 (-3,6)	24,6 (+1,0)	4,9 (+0,6)	5,5 (+0,3)	Kessel, Dietrich (SPD)
124	Bochum I	66,6 (-3,6)	22,7 (+0,7)	2,7 (+0,2)	5,4 (+0,8)	Stüber, Ernst-Otto (SPD)
125	Bochum II	57,0 (-3,2)	28,5 (+0,8)	5,3 (+0,2)	7,3 (+1,0)	Aigner, Georg (SPD)
126	Bochum III	57,5 (-5,8)	26,2 (-1,3)	2,9 (-0,5)	4,6 (-0,4)	Wirtz, Heinz (SPD)
127	Bochum IV	61,9 (-2,1)	27,1 ±0	3,2 ±0	5,5 (+0,7)	Fischer, Birgit (SPD)
128	Herne I	64,6 (-2,6)	25,3 (+0,1)	2,9 (+0,2)	4,5 (+0,3)	Gorcitza, Gabriele (SPD)
129	Herne II	66,0 (-2,9)	24,1 (-0,3)	2,7 (+0,3)	3,9 (-0,2)	Hellwig, Helmut (SPD)
130	Dortmund I	60,2 (-2,4)	25,4 (-1,6)	3,3 (+0,4)	7,7 (+1,4)	Heinemann, Hermann (SPD)
131	Dortmund II	55,8 (-3,5)	28,6 (-0,1)	4,7 (-0,1)	6,8 (+0,8)	Pfänder, Erwin (SPD)
132	Dortmund III	68,0 (-3,7)	21,3 (-0,2)	2,5 (+0,1)	4,1 (+0,3)	Wendzinski, Gerhard (SPD)
133	Dortmund IV	64,0 (-2,6)	24,9 (-0,4)	3,4 (+0,4)	4,4 (+0,2)	Champignon, Bodo (SPD)
134	Dortmund V	57,7 (-3,5)	27,8 (+0,7)	5,6 (+0,2)	6,2 (+0,8)	Böse, Karl (SPD)
135	Dortmund VI	59,3 (-3,2)	26,8 (+0,6)	5,5 (+0,5)	5,7 (+0,3)	Kniola, Franz-Josef (SPD)
136	Unna I	54,3 (-2,8)	30,7 (+0,1)	6,1 (-0,3)	6,3 (+1,1)	Schreiber, Friedrich (SPD)
137	Unna II	55,9 (-1,9)	34,0 (-0,3)	3,0 (-0,1)	4,3 (+0,5)	Kuschke, Wolfram (SPD)
138	Unna III — Hamm I	62,0 (-3,9)	25,8 (+0,3)	4,0 ±0	5,2 (+1,5)	Matthiesen, Klaus (SPD)
139	Hamm II	56,0 (-3,6)	32,9 (+0,5)	3,8 (-0,1)	4,0 (+0,5)	Hemmer, Manfred (SPD)
140	Soest I	43,5 (-1,0)	44,1 (-0,2)	5,3 (-1,0)	4,7 (+0,5)	Uhlenberg, Eckhard (CDU)
141	Soest II	45,9 (+0,6)	42,8 (-1,4)	4,6 (-0,8)	4,4 (-0,1)	Brülle, Karl-Heinz (SPD)
142	Hochsauerlandkreis I	45,3 (-0,1)	45,4 (+0,9)	4,1 (-1,6)	3,3 (-0,6)	Löseke, Alfons (CDU)
143	Hochsauerlandkreis II	37,2 (-0,3)	53,3 (+0,4)	4,4 (-0,9)	3,2 (-0,5)	Langen, Günter (CDU)
144	Hochsauerlandkreis III — Siegen-Wittgenstein I	42,2 (-0,4)	48,1 (+0,9)	4,8 (-1,3)	3,1 (-0,5)	Knipschild, Karl (CDU)
145	Siegen-Wittgenstein II	50,3 (-2,3)	36,7 (-0,2)	6,8 (+0,5)	3,7 (+0,1)	Moritz, Hans-Dieter (SPD)
146	Siegen-Wittgenstein III	51,8 (-3,3)	35,2 (+2,8)	6,1 (-1,3)	4,3 ±0	Mernizka, Loke (SPD)
147	Olpe	34,6 (-1,2)	59,4 (+2,0)	3,0 (-0,8)	2,6 (+0,1)	Schauerte, Hartmut (CDU)
148	Märkischer Kreis I	54,0 (-3,3)	34,2 (+1,1)	5,9 (-0,1)	2,8 (-0,1)	Wirth, Gerhard Walter (SPD)
149	Märkischer Kreis II	49,9 (-2,8)	36,8 (+0,5)	6,4 (-0,3)	3,7 (+0,3)	Schmid, Irmgard (SPD)
150	Märkischer Kreis III	47,8 (-2,7)	38,1 (-0,7)	5,7 (-0,2)	4,2 (+0,2)	Einert, Günther (SPD)
151	Märkischer Kreis IV	43,9 (-2,5)	44,0 (-0,2)	5,2 (+0,1)	3,5 (-0,3)	Böckelmann, Petra (CDU)

Ein Fest für Tausende und gigantische Medienshow

Die erste Wahlparty im neuen Parlamentsgebäude ist nicht nur ein Fest für Tausende von Besuchern, sondern auch eine gigantische Medienshow: Der Landtag als Funkhaus. Zwar bleibt den Gästen der Eintritt zu den einzelnen Studios verwehrt, sie können indessen über Monitore Gespräche und Interviews der Sender verfolgen. Zudem hat sich die ARD mit ihrem Wahlstudio in der verglasten und daher einsehbaren Bibliothek des Landtags eingerichtet. So mag, wer will, in Augenschein nehmen, wie das denn eigentlich in solch einem Studio zugeht, wenn Heribert Fabben der mit seinen Sport-Informationen auf Sendung geht, oder Fritz Pleitgen noch einmal die schriftlichen Unterlagen zur Kommentierung sichtet. Auf der Galerie stehen die Partygäste bei der ARD in der ersten Reihe.

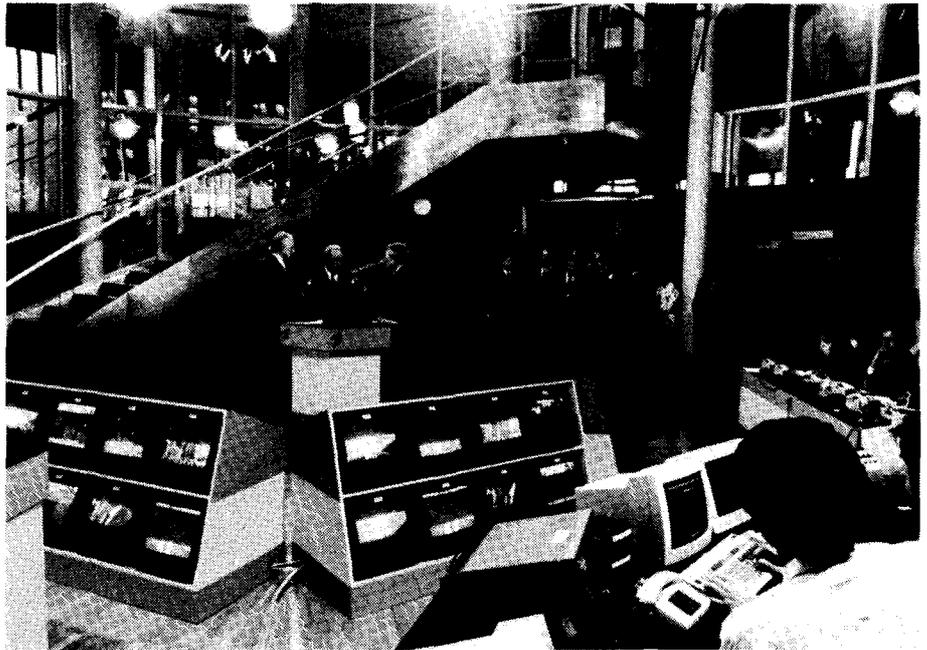
Auch die Monitore der Konkurrenz, gleichsam im Achterpack in einer Telekommode gebündelt, können zu Vergleichszwecken beschaut werden. Das ZDF zeigt noch vor 18 Uhr den geschlagenen Boris Becker, deprimiert am Rand des Centre Court von Hamburg hockend: Nicht unbedingt als Omen, aber doch von sinnbildlicher Aussage muß dieses Bild so manchem erscheinen, für wen auch immer sein politisches Herz schlägt. Jubel kann sich schnell ins Gegenteil verkehren, und das politische Glück hängt oft von Bruchteilen von Prozenten ab. Die Grünen können dies nach durchständer Zitterpartie bestätigen.

Doch die Partygäste verdrießt das nicht, und die Spaziergänger draußen vor der Glasfassade des Parlaments auf der Promenade am Rhein noch weniger. Das Wetter ist schön an diesem späten Nachmittag des 13. Mai 1990. Hin und wieder mal ein Blick von der Außen- in die gleibende Innenwelt des Landtags. Innen kündigt sich nach 18 Uhr der Sieg von Johannes Rau an. Wie die Besucher schaut auch Dieter Zimmer vom ZDF mal eben in die Bibliothek, was denn die öffentlich rechtliche Konkurrenz wohl macht. Zur Konkurrenz zählt auch Karl Dall, der im lockeren Zeitfitt für RTL Plus diesen oder jenen Zeitgenossen zu befragen trachtet. („Sind Sie Hausfrau?“) Ist man näher an ihm dran, kann man allerdings feststellen, daß er nicht nur chronisch komisch abfährt.

Wahlparty mit Stammtisch

Dall ist Exponent eines Medienspektakles, das ab 18 Uhr eigentlich so richtig einsetzt. Ab 18 Uhr wird es spannend. Die Wahllokale draußen im Land sind geschlossen, die Zeit des Landeswahlleiters ist gekommen, der mit einem ganzen Info-Komplex im Landtag vertreten ist. Ein West-3-Sprecher hält seinen Fernsehzuschauern sibyllinisch zugute: „Wie auch immer, Sie haben die richtige Entscheidung getroffen.“ Sporadisch kommt Lärm in den Foyers auf, wenn auf Schautafeln und Schirmen neue Hochrechnungen erscheinen.

Im Restaurant des Hauses, das an diesem Wahltag mit einem vorzüglichen rustikalen Buffet sowie Pils aus Duisburg und Alt aus Düsseldorf aufwartet, hat der Stammtisch des WDR Platz genommen. Teilnehmer ist auch einer, den sie alle kennen, ein Jubilar: Hans-Dieter Hüsch. Der Moderator des WDR, Rolf Bringmann, meint, man wolle



Blick in die Bibliothek, in der die ARD ihr Wahlstudio eingerichtet hatte. Interviewt wird Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).
Foto: Schüller

keine Stammtischweisheiten zum besten geben. Er fordert das Publikum auf zu reagieren, „auf das, was hier gesagt wird“. Auch das Restaurant demnach ein Studio. Die Wahlparty als totale Medienveranstaltung. Fünf bundesdeutsche Fernsehsender sind mit ihrer komplexen Technik angerückt: außer der ARD noch das ZDF, das im Foyer A Sitzungssäle für Redaktion und Aufnahme ebenfalls mit wunderbarem Ausblick auf den Rhein belegt hat. In der gleichen Flucht RTL Plus. Im Foyer D das Team von SAT 1. Dort auch West 3. Die Hörfunkstudios kommen mit kleineren Räumlichkeiten aus. Der Deutschlandfunk hat im Besucherforum des Landtags wie auf einem Straßenmarkt ein Zelt über seinen Mikrofons errichtet. WDR-Hörfunkredakteure sind in die Sprecherkabinen auf der Tribüne des Plenarsaals eingezogen. Vertreten sind ferner die neun Hörfunksender der ARD, die Deutsche Welle, Rheinland-Pfalz-Radio (RPR), RTL Hörfunk, Radio NRW, Radio Schleswig-Holstein und, im Zuge des deutschen Einigungsprozesses eigentlich eine Selbstverständlichkeit, der Deutsche Fernsehfunk (DDR).

Auch Infas (ARD) und die Forschungsgruppe Wahlen (ZDF) haben eigene Redaktionsräume. 100 Bedienstete des Landtags sorgen für reibungslose Zuarbeit und unkomplizierten Ablauf der Wahlparty. Rund 3500 Gäste und 700 Medienvertreter profitieren davon. Ein freundlich lächelnder Karl Josef Denzer, scheidender Präsident des Landtags, nimmt allseits Glückwünsche zum gelungenen Wahlfest entgegen. Der Präsident ist in der Menge, die Fernsehteams sind es auch. Denn anders als im alten Landtagsgebäude am Kaiserteich mit seinen vergleichsweise engen Fluren und Treppen zwingt das neue Haus mit weiten Flächen dazu, Entfernungen zu überwinden. Ein guter Fernsehmann, die Kamera geschultert, muß sich schon sputen, wenn er am Eingang auf Johannes Rau wartet, und über die rückliegende Treppe kommt gerade Norbert Blüm mit verschlossener Miene herabgeschritten. Empfindungen müssen elek-

tronisch festgehalten werden. Auch die Flüsterparole, die Spitzenvertreterin der Grünen sei jetzt da und da, in diesem oder jenem Studio, setzt den gesamten Fernsehpublikum erneut in Bewegung. Man sieht nur den Wellengang der Köpfe in der Menge der Gäste.

Wer dennoch am Haupteingang ausharrt, um wie vor fünf Jahren einen triumphalen Einzug des Wahlsiegers zu erleben, muß schließlich passen. Während Besucher und Presseleute noch die Stellung halten, taucht Johannes Rau schon auf dem ZDF-Monitor beim Interview mit Martin O. Schmuck auf. Ein separater Eingang macht es möglich und den Spitzenkandidaten wiederum zum reinen Medienereignis. Daheimgebliebene Anverwandte mutmaßen gegenüber dem Verfasser dieser Zeilen nach seiner Rückkunft: „Wir haben das im Fernsehen alles viel besser mitbekommen.“

Eckhard Hohlwein

Landtagsverwaltung: Personalratswahl

An den Personalratswahlen der NRW-Landtagsverwaltung am 7. Mai beteiligten sich 87 Prozent der Bediensteten. Wiedergewählt wurden fünf Vertreter: Peter Geelen (Sachbereichsleiter Petitionen) und Hans Lennertz (Ausschußassistent) für die Beamten, Arnulf Weller (Archiv) und Matthias Hamacher (Versand) für die Angestellten und Willi Schmidt (Aufsicht Reinigungsdienst) für die Arbeiter. Neue Mitglieder des Personalrats sind Wolfgang Lewandowski (Öffentlichkeitsarbeit), Dieter Nittmann (Hausordnungs- und Pfortendienst) und Waltraud Roßberg (Stenografischer Dienst) bei den Angestellten und Günter Klause (Hausordnungs- und Pfortendienst) bei den Arbeitern. Zum Personalratsvorsitzenden wurde Peter Geelen gewählt. Seine Stellvertreter: Matthias Hamacher und Willi Schmidt.

Parteien bedauerten: Über drei Millionen Wähler verzichteten auf die Wahl

Größeres Parlament mit mehr Frauen, mehr Lehrern und einer vierten Fraktion

Bei der Analyse der Wahlergebnisse bedauerten die Landtagsparteien, daß von zusammen 18,7 Millionen Wahlberechtigten in den beiden Bundesländern rund fünf Millionen nicht zur Wahl gegangen sind. In NRW waren es mehr als 3,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die auf ein Votum verzichteten. Mit zusammen 111000 ungültigen und 320000 Stimmen für Splitterparteien in beiden Bundesländern errechneten die Partei-strategen ein nicht ausgeschöpftes Wählerpotential von 30 Prozent.

Die genauere Betrachtung der Wahlergebnisse ergab ferner, daß relativ geringe Verschiebungen große Wirkungen brachten. 2,1 Prozent weniger für die CDU und zwei Prozent mehr für die SPD genügten in Niedersachsen für den Regierungswechsel von der CDU zur SPD. Der Einzug der Grünen in das NRW-Parlament wurde durch 28000 mehr Stimmen für die Grünen als 1985 ermöglicht, oder noch weiter zugespitzt: durch 4500 Stimmen mehr, als für die Fünf-prozenthürde erforderlich gewesen ist. Zusammen mit der niedrigen Wahlbeteiligung bewirkten demnach Nichtwähler und Wechselwähler die größten Veränderungen. Das geringe Abschneiden der Republikaner in beiden Bundesländern (1,8 Prozent in NRW) wurde allgemein begrüßt.

Die höchste Wahlbeteiligung gab es im Wahlkreis Düren I (78,2 Prozent), den Adolf Retz (SPD) aus Jülich mit einem Vorsprung von gut 6 Prozent vor dem Landwirt Wilhelm Lieven (CDU) gewann. Mit 62,9 Prozent verzeichnete der Wahlkreis Köln V die geringste Wahlbeteiligung. Ihn gewann die neue SPD-Kandidatin Donata Reinecke mit dem deutlichen Vorsprung von 25 Prozent vor der Fernsehredakteurin Marlis Robels-Fröhlich (CDU), die über die Landesliste zum dritten Mal in das NRW-Parlament einzieht.

Das höchste SPD-Ergebnis (71 Prozent) wurde im Wahlkreis Duisburg IV (gewählt: Friedrich Hofmann) erreicht, das höchste CDU-Ergebnis im Wahlkreis Olpe, den mit 59,4 Prozent der Haushaltsexperte der CDU-Fraktion Hartmut Schauerte gewann. Das niedrigste SPD-Ergebnis (31,4 Prozent) brachte der Wahlkreis Borken II, das niedrigste CDU-Ergebnis (20,1) der Wahlkreis Essen III. Die F.D.P. schnitt in Köln, Solingen und Wuppertal (über 10 Prozent) am besten ab, die Grünen in Köln, Bielefeld, Münster und Bonn (über acht Prozent).

Mit besonderer Spannung wurde das Abschneiden des SPD-Fraktionsvorsitzenden Professor Friedhelm Farthmann in Neuss I erwartet, der sein Ergebnis von 1985 zwar nicht erreichte, den Vorsprung vor der CDU jedoch auf 0,9 Punkte verbesserte. Als einziges Kabinettsmitglied verfehlte Wirtschaftsminister Professor Reimut Jochimsen den Einzug in den Landtag; den Rheinisch-Bergischen Kreis III gewann die neue CDU-Abgeordnete Maria Theresia Opladen. Einige weitere der von der CDU vor fünf Jahren verlorenen Direktmandate konnte sie 1990 wiedergewinnen. Im Ruhrgebiet, wo die SPD mehr als drei Prozent der Stimmen einbüßte, konnte auch die CDU keine bemerkenswerten Stimmengewinne verbuchen. In Universitätsstädten profitierten die Grünen von Verlusten der großen Parteien.

Von den rund 13 Millionen Wahlberechtigten in NRW machten am 13. Mai nur gut 9,3 Millionen Bürgerinnen und Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Sie bescherten dem größten Bundesland ein um weitere zehn Volksvertreter vergrößertes Parlament mit mehr Frauen, mehr LehrerInnen und einer vierten Fraktion. In den Analysen und Kommentaren spielte die Landespolitik keine besondere Rolle. Der Erfolg der Partei von Ministerpräsident Johannes Rau wurde fast als selbstverständlich angesehen. Durch den Doppelsieg der SPD in NRW und in Niedersachsen, das am gleichen Tag einen neuen Landtag wählte, beherrschten bundespolitische Auswirkungen, insbesondere der deutschlandpolitische Kurs von Bundeskanzler Helmut Kohl, die Expertengespräche nach der Wahl (s. Presse-Echo auf Seite 2).



Am Wahlabend stellte sich politische Prominenz aus ganz Nordrhein-Westfalen im Landtag ein: Dr. Helmut Linssen, CDU-Generalsekretär und seit einer Woche Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag (l.), Karl Josef Denzer, ausscheidender Landtagspräsident (M.) und SPD-Bundestagsabgeordneter Heinz Werner Meyer aus Dortmund, designierter Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (r.). Foto: Schüler

Insgesamt verringerte sich der Abstand der SPD-Mehrheit zur Opposition. Er hatte vor fünf Jahren noch fast zehn Prozent betragen. 1990 kommen CDU, F.D.P. und Grüne zusammen auf 47,5 Prozent. Die SPD-Mehrheit schrumpfte von 23 Mandaten auf sieben im elften Landtag.

Ein Drittel der am 13. Mai Gewählten sind Neulinge. Neu sind alle zwölf Abgeordneten der Grünen, 40 Mitglieder der CDU- und 31 der SPD-Fraktion. Die 14köpfige F.D.P.-Fraktion setzt sich aus den gleichen Persönlichkeiten wie bisher zusammen. Mit 47 weiblichen Abgeordneten wuchs der Frauenanteil im NRW-Parlament auf 20 Prozent. Mit Birgit Fischer (SPD) zog die Frauenbeauftragte von Bochum in den Landtag ein. Mehr als die Hälfte der neuen Abgeordneten sind AkademikerInnen, 14 von ihnen sind Lehrer und Lehrerinnen an Schulen, sechs unterrichten an Hochschulen.

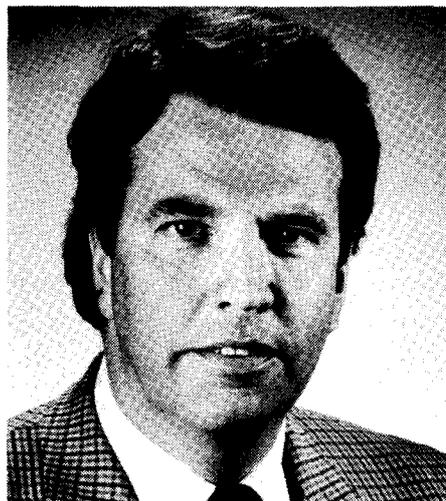
Seltenere Berufe geben SPD-Neuling Hans Klaps (Viersen II) und die SPD-Abgeordnete Jarka Pazdziora-Merk an: Samtweber und Graphologin, ferner die CDU-Neulinge Ilka Keller (Reiseverkehrskauffrau) und Dr. Annemarie Schraps (Geologin) sowie die Architektin Gisela Nacken von den Grünen. Arbeiter sind auch unter den neuen Landtagsabgeordneten kaum vertreten. Je einen Maschinenschlosser gibt es bei SPD und Grünen. Besonders bekannt ist der neue SPD-Abgeordnete Manfred Bruckschen, Betriebsratsvorsitzender von Krupp-Stahl, der die Demonstrationen gegen die Stille-

gunng des Werks Rheinhausen führte. Fünf neue Abgeordnete geben als Beruf Hausfrau an.

Nicht nur Insidern bekannt ist auch der Landesgeschäftsführer der NRW-SPD Bodo Hombach, der in Mülheim II direkt gewählt wurde. In der neuen CDU-Fraktion gibt es mehrere prominente Namen: Dressurreiter Dr. Reiner Klimke, erfolgreicher Olympiateilnehmer aus Münster. Auch der Oberbürgermeister von Münster Dr. Georg Twenhöven wurde in den elften Landtag gewählt. Der Menschenrechtsexperte Dr. Martin Kriele, früher SPD, gehört der neuen CDU-Landtagsfraktion an wie der ebenfalls in Leverkusen wohnhafte Justitiar der Bayer AG Dr. Jürgen Schwericke. Mit Professor Renate Möhrmann verfügt die CDU-Fraktion über eine renommierte Kommunikationswissenschaftlerin aus Köln.

Alle drei bisher im NRW-Landtag vertretenen Parteien erhielten am 13. Mai 1990 weniger Stimmen als vor fünf Jahren, was manche Abgeordneten zu von Frustration geprägten Äußerungen veranlaßte. Ob die schwankende Wählerfreue auf Desinteresse, Unzufriedenheit oder einfach Unentschiedenheit zurückzuführen ist, bleibt der weiteren Forschung überlassen. Politikwissenschaftler sind sich jedenfalls einig darüber, daß Landespolitik geringe Chancen hat, sich gegenüber dominanter Bundespolitik ein eigenständiges Profil zu verschaffen. Wenn dennoch und angesichts der letzten Plenardebatte über den Bedeutungsverlust

Fortsetzung Seite 13



CDU-Fraktion wählte Linssen zum Vorsitzenden

Die neue CDU-Landtagsfraktion hat am 15. Mai den wiedergewählten Abgeordneten und Generalsekretär der Union in Nordrhein-Westfalen, Dr. Helmut Linssen aus Issum, zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Linssen erhielt von den abgegebenen 87 Stimmen 80 Ja-Stimmen. Sechs Abgeordnete stimmten mit Nein, einer enthielt sich. Zwei Parlamentarier konnten wegen Krankheit nicht an der Abstimmung teilnehmen. Die neue Fraktion zählt 89 Abgeordnete.

Zu Stellvertretern Linssens wurden die Abgeordneten Hartmut Schauerte aus Olpe (72), Ruth Hieronymi aus Bonn (65), Herbert Reul aus Leichlingen (56), Lothar Hegemann aus Recklinghausen (53) im ersten Wahlgang sowie die Abgeordneten Leonhard Kuckart aus Schwelm (41) und Marie-Luise Woldering aus Bocholt (34) im dritten Wahlgang gewählt.

Dr. Helmut Linssen löste den langjährigen Fraktionsvorsitzenden Dr. Bernhard Worms ab, der künftig für den Bundestag kandidieren will.

SPD gewann 121 Wahlkreise direkt – „Aufstockung“

Der elfte Landtag ist der größte in Geschichte des Bundeslandes

Der am 13. Mai gewählte elfte Landtag von Nordrhein-Westfalen ist mit 237 Abgeordneten der zahlenmäßig stärkste in der Geschichte des Bundeslandes.

Die Vergrößerung um 36 über die Normalzahl 201 hinaus liegt daran, daß die Sozialdemokraten 121 Sitze direkt in den insgesamt 151 Wahlkreisen gewannen. Nach dem Verhältniswahlrecht stehen ihnen bei 50 Prozent der Stimmen aber nur 103 Plätze zu. Damit andere Parteien durch diesen „Überhang“ nicht benachteiligt werden, bekommen sie nach dem Gesetz einen Mandatsausgleich. Das bedeutete für die CDU plus 14 auf 89, für die F.D.P. plus zwei auf 14 und für die Grünen plus eins auf zwölf. Die SPD profitierte ein zweites Mal von dem Gesetz. Sie bekam für die Parlamentarische Staatssekretärin Ilse Ridder-Melchers, die in ihrem Wahlkreis

scheiterte, einen Sitz von der Liste. Das Mandat erhielt sie aufgrund einer gesetzlichen Bestimmung. Die besagt, daß die Sitzzahl im Landtag eine ungerade sein muß, rein rechnerisch wäre die Zahl 236 gewesen.

Bei der Landtagswahl vor fünf Jahren hatte die SPD bereits mehr Direktmandate errungen, als ihr prozentual nach dem Wahlergebnis zustand. In dem Fall war eine „Aufstockung“ erforderlich, das bedeutete, die gesetzliche Zahl von 201 Abgeordneten mußte um so viele Plätze erhöht werden, wie notwendig waren, um auch unter Berücksichtigung der errungenen Mehrsitze eine Sitzverteilung nach dem Verhältnis der Stimmenwahlen zu erreichen. Die „Aufstockung“ nach der Landtagswahl 1985 führte dazu, daß 227 Abgeordnete – 26 mehr als die Mindestzahl von 201 – im Landtag saßen.

Konstituierende Sitzung und Wahl des Ministerpräsidenten

Die konstituierende Sitzung des Landtags der 11. Wahlperiode findet am 31. Mai 1990 um 14 Uhr im Landesparlament statt. Das hat Landtagspräsident Karl Josef Denzer am 16. Mai dem vorläufigen Ältestenrat bekanntgegeben. Nach seinen Angaben erfolgt die Wahl des Ministerpräsidenten am 6. Juni 1990 um 10 Uhr. Die Vereidigung der Minister schließt sich am 13. Juni 1990 um 10 Uhr an. Der Ältestenrat will ferner am 23. Mai 1990 über Ergänzungen der Tagesordnung beschließen, so über die Einsetzung der Ausschüsse.

Zwölf Grüne: Sechs Frauen

Mit 47 hat sich die Zahl der Frauen im neuen Landtag fast verdoppelt. Bislang saßen für SPD, CDU und F.D.P. nur 25 Frauen im Düsseldorf-Parlament. Die SPD ist jetzt mit 21, die Union mit 17, die F.D.P. mit drei Frauen vertreten. Von zwölf Grünen sind sechs Frauen.

★

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.), Landtagsabgeordnete, hat bei der Plenarsitzung am 29. März für ihre Fraktion zum Thema „Gesundheitserziehung“ gesprochen und nicht, wie in der letzten Ausgabe angegeben, ihre Fraktionskollegin Dagmar Larisika-Ulmke.

Hauptausschuß: Besonderer Schwerpunkt „Landesrundfunkgesetz“

Der Hauptausschuß befaßte sich in insgesamt 76 Sitzungen während der auslaufenden 10. Wahlperiode schwerpunktmäßig mit medienpolitischen Themen, der Bedeutung des Landes Nordrhein-Westfalen und der bundesstaatlichen Ordnung in einem zusammenwachsenden Europa – auch unter Berücksichtigung der neuen Entwicklungen in der DDR und den Staaten Osteuropas –, der Landesverfassung und dem Verfassungsschutz sowie der Entbürokratisierung der Landesverwaltung.

Auf Vorschlag einer vom Hauptausschuß eingesetzten Kommission unter Leitung von Norbert Burger empfahl der Landtag der Landesregierung Maßnahmen zur Effizienzsteigerung der Landesverwaltung.

Die Arbeit am Landesrundfunkgesetz bildete einen besonderen Schwerpunkt des Hauptausschusses. Dieses Gesetz hat in Nordrhein-Westfalen die Grundlagen für die Veranstaltung privaten Rundfunks geschaffen. Besonders umstritten zwischen Regie-

rungs- und Oppositionsfraktionen war die Einrichtung des sogenannten Zwei-Säulen-Modells für den lokalen Rundfunk.

Film- und Medienland

Schließlich wurden zahlreiche Anstöße gegeben, das Land Nordrhein-Westfalen auch als Film- und Medienland weiterzuentwickeln. So wird die Filmförderung wesentlich ausgeweitet. Das Technologiezentrum für neue Film- und Videoproduktionstechniken in Oberhausen soll zu einem High Definition TeleVisions-Zentrum ausgebaut werden, in dem Fernsehfilme in der hochauflösenden Technik HDTV sowie Kinofilme produziert werden sollen. Zur neuen Spitzentechnologie HDTV hat der Hauptausschuß zusätzlich im Herbst 1989 eine öffentliche Anhörung veranstaltet.

In mehreren öffentlichen Sitzungen hörte der Hauptausschuß Sachverständige zu „Aufgaben und Grenzen einer journalisti-

schen Berichterstattung zur notwendigen Information der Bevölkerung, insbesondere bei erkennbar drohender Gefahr für Leib und Leben von Geiseln“, zum Gesetz über Sonn- und Feiertage, zur Einführung von ISDN (Integrated Services Digital Network), zur Änderung des Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk Köln und des Rundfunkgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Anpassung an den Rundfunkstaatsvertrag) sowie zu Fragen der Zulässigkeit kommerzieller Werbung durch politische Parteien im privaten Rundfunk und des Tarifrechts im Bereich der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen.

Getrennte Anträge der Landtagsfraktionen zum Thema „Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland auch in einem vereinten Europa“ führten zur Einsetzung einer Kommission, der sechs Wissenschaftler und drei politisch erfahrene Praktiker angehören. Diese Gutachter haben

Fortsetzung Seite 13

Verkehrsausschuß-Bilanz: Keine Alternative für Ballungsräume

Vorrang öffentlicher Personennahverkehr und Vorschau Europa 1993

In dieser 10. Legislaturperiode wurden nach intensiver Diskussion im Ausschuß folgende Verkehrsinfrastrukturpläne weiterentwickelt und fortgeschrieben:

- der Landesstraßenbedarfsplan
- der Landesstraßenausbauplan 1988—1992
- der Ausbauplan für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV-Ausbauplan) Rhein-Ruhr, Rhein-Sieg, Bielefeld 1988
- der ÖPNV-Bedarfsplan Rhein-Ruhr, Rhein-Sieg, Bielefeld 1989

Darüber hinaus hat der Ausschuß auch Stellung genommen zu den Maßnahmen nach dem Bundesverkehrswegeplan 1985 und dem Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen einschließlich 4. Fünfjahresplan 1986—1990 sowie für den kommunalen Straßenbau in den Programmen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG-Programme).

Die Vorrangpolitik für den Öffentlichen Personennahverkehr blieb für die Mehrheit des Ausschusses für den Personenverkehr insbesondere in den Ballungsgebieten ohne Alternative, da diese Vorrangpolitik den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt gleichermaßen gerecht wird.

Die Investitionen in der überörtlichen Straßeninfrastruktur sollen auf den Ausbau vorhandene Straßen und den Bau von Ortsumgehungen konzentriert werden, um die Ortsdurchfahrten zu entlasten.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Legislaturperiode war die Luftverkehrspolitik. Hier galt das Interesse des Ausschusses insbesondere der Frage einer möglichen Kooperation der beiden internationalen Verkehrsflughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn.

Der Ausschuß hat die Bemühungen der Landesregierung, hier zu Vertragsabschlüssen mit den Gesellschaftern der beiden Flughäfen zu kommen, positiv begleitet und die Landesregierung ermuntert, auf diesem Wege Fortschritte zu erzielen. In diesem Zusammenhang hat der Ausschuß seine seit langem erhobenen Forderungen bekräftigt, die internationalen Verkehrsflughäfen des Landes an das IC-Netz der Deutschen

Zu exakt 70 Sitzungen trat der Verkehrsausschuß in der 10. Legislaturperiode zusammen. Die Arbeit des Ausschusses war bestimmt durch das Bemühen, die Kontinuität der nordrhein-westfälischen Verkehrspolitik zu sichern. Der Ausschuß wurde geleitet von den Mülheimer SPD-Abgeordneten Erich Kröhan und seiner Stellvertreterin, der Paderborner F.D.P.-Abgeordneten Marianne Thomann-Stahl, die auch Sprecherin ihrer Fraktion war. Der Dortmunder SPD-Abgeordnete Karl Böse und der CDU-Abgeordnete Heinrich Dreyer aus Löhne waren die verkehrspolitischen Sprecher der beiden großen Fraktionen.

Bundesbahn und den Flughafen Köln/Bonn an das regionale S-Bahn-Netz anzuschließen. Darüber hinaus soll zwischen den beiden Flughäfen eine Schnellbahnverbindung geschaffen werden.

Die positive Entwicklung zum Ende der Legislaturperiode auf dem Flughafen Köln/Bonn und die neue Konzeption der Luftansa AG für diesen Flughafen hat der Ausschuß mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, weil er hierin sein jahrelanges Bemühen um die bessere Ausnutzung dieses Flughafens bestätigt sah.

In öffentlichen Anhörungen ließ sich der Ausschuß von sachverständigen Beratern zu folgenden Themenkomplexen informieren:

- Tarifgestaltung im Öffentlichen Personennahverkehr unter besonderer Berücksichtigung eines Umwelttarifs

- Situation und zukünftige Entwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Nordrhein-Westfalen

- Sicherheit von Gefahrguttransporten
- Europäischer Verkehrsmarkt nach 1992 — Anforderungen an die Landesverkehrspolitik.

Für zwei besondere Themenbereiche setzte der Ausschuß in Zusammenarbeit mit anderen Landtagsausschüssen zwei Arbeitsgruppen ein, die sich zum einen mit der Organisation und Finanzierung des Fluggastkontrolldienstes auf den Flughäfen des Landes Nordrhein-Westfalen und zum anderen mit der Organisation der Auftragsverwaltung im Bereich des Bundesfernstraßenbaus beschäftigte und hierzu Vorschläge an die Landesregierung zur Verbesserung der Situation in diesen beiden Bereichen richtete.

Hauptausschuß...

Fortsetzung von Seite 12

unter Leitung des früheren Landtagspräsidenten John van Nes Ziegler Ende März einen ersten Teilbericht vorgelegt. Der Hauptausschuß hat die organisatorischen und finanziellen Grundlagen für die Fortführung dieser Arbeit über das Ende der Legislaturperiode hinaus geschaffen.

Neben den Rundfunkgesetzen zählen zu den wichtigsten gesetzgeberischen Aktivitäten des Hauptausschusses in der 10. Legislaturperiode die Modernisierung des Verfassungsgerichtshofgesetzes, die Novellierung des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, das Rechtsbereinigungsgesetz 1987 sowie die Ände-

rung der Landesverfassung mit dem Ziele der gleichen Bewertung von Familien- und Erwerbstätigkeit von Mann und Frau.

Größeres Parlament...

Fortsetzung von Seite 11

der Landtage (s. vorige Ausgabe) nach dem 13. Mai ein um zehn Mandate vergrößertes Parlament an die Arbeit geht, dürfte die von einem Teil der Opposition bereits angeschnittene Diskussion über eine Änderung des Landtagswahlrechts auf die Tagesordnung gelangen. Als wichtigste Aufgabe des elften Landtags bezeichnete freilich der scheidende Landtagspräsident Karl Josef Denzer die Verknüpfung des deutschen und des europäischen Einigungsprozesses miteinander: „Das Land NRW und sein Landtag werden dabei ihrer Verantwortung gerecht werden.“

Ostberliner Künstlerinnen

Der Initiative des Bonner Frauenmuseums verdanken 21 Ostberliner Künstlerinnen ihre erste Ausstellung im Westen. Am 22. April eröffnete Marianne Pitzen in Bonn die „Ostara“ mit Werken von bereits bekannten Altmeisterinnen und neuen jungen Künstlerinnen aus Ostberlin. Die Ausstellung wurde ermöglicht durch Unterstützung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, der Stiftung Kunst und Kultur beim NRW-Ministerpräsidenten, dem Zentrum für Kunstausstellungen der DDR und der Berliner Kultursenatorin. Sie soll den Besuchern nicht nur die Werke, sondern auch die anderen Arbeits- und Existenzbedingungen der DDR-Kunst nahebringen. Die Berliner Mauer (im Bild ein Pastell von Barbara Tucholke) war schon früher Thema der Malerei und Grafik. Interessante Plastiken und eine Installation vermitteln erste Eindrücke vom freien Schaffen und von Auftragskunst im anderen Teil Deutschlands.



Bilanz des Haushalts- und Finanzausschusses

22 Abgeordnete wachen über Etat von 67 Milliarden Mark

Der Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags Nordrhein-Westfalen bestand aus 22 Abgeordneten, und zwar zwölf Mitgliedern der SPD-Fraktion, neun CDU-Abgeordneten und einem Vertreter der F.D.P.-Fraktion. Geleitet wurde der Ausschuß in der 10. Legislaturperiode von seinem Vorsitzenden, dem Monschauer Abgeordneten Hans Georg Weiss (CDU), und seinem Stellvertreter Ulrich Schmidt (SPD). Die Fraktionen hatten Reinhold Trinius (SPD), Hartmut Schauerte (CDU) und Wolfram Dorn (F.D.P.) zu ihren finanz- und haushaltspolitischen Sprechern gewählt.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Ausschusses ist die Etatberatung, die durch die Materie und ihre Auswirkungen in allen Parlamenten eine herausragende Bedeutung besitzt. Der Haushalts- und Finanzausschuß berät in mehreren Sitzungen die Teile des Haushaltsplans und des Haushaltsgesetzes, für die er allein zuständig ist. Gleichzeitig beraten die übrigen Fachausschüsse jeweils getrennt die Teile des Gesamthaushalts, für die sie mitverantwortlich sind. Die Fachausschüsse teilen schließlich ihre Beratungsergebnisse dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuß mit, der alle Beratungsergebnisse zusammenfaßt, erneut aus haushalts- und finanzpolitischer Sicht prüft und dem Plenum abschließend berichtet.

In der 10. Legislaturperiode, in der der Ausschuß insgesamt 77 Sitzungen durchgeführt hat, sind neben den jährlichen Gesamthaus-

haushaltsplänen insgesamt sieben Nachträge — 1987 (2), 1988 (2), 1989 (3) (Haushalte einschließlich Nachträge) verabschiedet worden (siehe Tabelle).

Wie sich aus der Übersicht auf dieser Seite ergibt, stellen die Personalausgaben den überwiegenden Ausgabenblock dar. Aus diesem Grunde und wegen der Komplexität der Personalveranschlagung (in Ausgabeansätzen und Stellen) hat der Haushalts- und Finanzausschuß eine ausschließlich hierfür zuständige Arbeitsgruppe „Personalbedarf und Stellenpläne“, die sich aus insgesamt sieben Abgeordneten zusammensetzt, unter dem Vorsitz von Leo Dautenberg (CDU) gebildet. Aufgabe der Arbeitsgruppe ist die Vorbereitung aller personalrelevanter Angelegenheiten und damit insoweit die Entlastung des Ausschusses.

Im Zusammenhang mit den Haushalten hat

der Haushaltsgesetzgeber, der Landtag, dem Haushalts- und Finanzausschuß eine Vielzahl von Aufgaben per Gesetz übertragen, die vom Ausschuß in abschließender Verantwortung wahrzunehmen waren. Hierbei handelte es sich insbesondere um Personalangelegenheiten wie z.B. die Einrichtung von Stellen und um Freigaben von (einzeln veranschlagten) gesperrten Haushaltsmitteln. Alleine im Jahre 1989 hat sich der Ausschuß nach Beteiligung der Arbeitsgruppe „Personalbedarf und Stellenpläne“ mit insgesamt 15 gesonderten Personalanträgen der Landesregierung befaßt.

Ebenfalls periodisch wiederkehrend überwacht der Haushalts- und Finanzausschuß den Haushaltsvollzug. Er nimmt damit einen Teil der Kontrollaufgaben des Parlaments gegenüber der Landesregierung wahr. Zu diesem Zweck wird der Ausschuß regelmäßig unter anderem über die tatsächlichen Steuereinnahmen und den Schuldenstand des Landes unterrichtet. Ferner werden dem Ausschuß vierteljährlich die Mehrausgaben zur Vorbereitung der parlamentarischen Entscheidung über die Genehmigung vorgelegt.

Neben diesen sich thematisch wiederholenden Beratungsstoffen obliegt dem Ausschuß die Beratung aller Gesetzgebungsvorhaben sowie von Einzelanträgen und sonstigen Vorlagen mit haushalts- und/oder finanzpolitischer Bedeutung.

Insbesondere zu erwähnen sind hier die jährlichen Festsetzungen der Schüler/Lehrer-Relation und die Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder.

Im Rahmen der einzelnen Gesetzgebungsmaßnahmen besaß das Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung (Drs. 10/2112) in dieser Legislaturperiode besondere Bedeutung. Hauptinhalt dieses Gesetzes war eine Aktualisierung der Landeshaushaltsordnung und insbesondere die Umstellung von dem sogenannten „Soll-Abschluß“ auf den „Ist-Abschluß“ bei der Ermittlung der Jahresergebnisse.

	Einnahmen Ausgaben	davon Personal- ausgaben — in Millionen Mark —	Verpflichtungs- ermächtigung*	Netto-Neuver- schuldung
1986	57901,7	22795,7	7779,1	6898,6
1987	59847,4	23749,0	7051,4	5649,8
1988	61065,4	24352,9	8366,9	6059,8
1989	63943,5	24914,5	9260,8	5350,8
1990	67348,8	25732,7	7733,6	5341,3

* Durch Verpflichtungsermächtigungen wird der Landesregierung erlaubt, bindende Verpflichtungen für folgende Haushaltsjahre einzugehen.

Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung griff Störfälle auf

Der in der 10. Legislaturperiode erstmalig eingerichtete Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung trat zu insgesamt 75 Sitzungen zusammen.

Zu den Schwerpunkten der Ausschubarbeit gehörte die Beratung folgender Gesetzentwürfe:

- Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes und über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der Landesentwicklung (F.D.P.-Fraktion)
- Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes (Landesregierung)
- Landesabfallgesetz (Landesregierung)
- Gesetz über die Gründung des Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverbandes Nordrhein-Westfalen (Landesregierung)
- Gesetz zur Änderung des Landesentwicklungsprogramms und des Landesabfallgesetzes (F.D.P.-Fraktion)
- Gesetz zur Änderung des Landesimmissionsschutzgesetzes (CDU-Fraktion)
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Landesentwicklung (Landesregierung)
- Wasserverbandsgesetze (Lippever-

bandsgesetz, Eifel-Rur-Verbandsgesetz, Emscher-Genossenschaftsgesetz, Ruhrverbändegesetz, Linksniederrheinisches Entwässerungs-Genossenschaftsgesetz; (Landesregierung)

- Gesetz zur Änderung des Landesimmissionsschutzgesetzes (SPD-Fraktion)
- Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren (F.D.P.-Fraktion)

Unter Federführung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung wurden folgende Anträge aus den Fraktionen beraten:

- Verminderung des Katastrophenrisikos an Wasserstraßen (F.D.P.-Fraktion)
- Gefährdung der Gewässer durch den Umgang mit gefährlichen Stoffen (SPD-Fraktion)
- Genehmigung von Volks- und Heimatfesten (CDU-Fraktion)
- Chemie und Umwelt (CDU-Fraktion)
- Vorsorgen der Chemiepolitik für Nordrhein-Westfalen (SPD-Fraktion)
- Stärkung des Chemie-Standortes Nordrhein-Westfalen (F.D.P.-Fraktion)
- Luftverunreinigung in Innenräumen (CDU-Fraktion)
- Gentechnik — Chancen verantwortl-

ich nutzen, Gefahren vermeiden (SPD-Fraktion)

- Nordrhein-westfälische Positionen zur Gentechnik (F.D.P.-Fraktion)
- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren (F.D.P.-Fraktion)
- NRW-Programm zur Verhinderung der Aufheizung der Erdatmosphäre (CDU-Fraktion)
- Kampf gegen Treibhauseffekt (F.D.P.-Fraktion)
- Schutz der Erdatmosphäre — globaler, nationaler und regionaler Handlungsbedarf (SPD-Fraktion)

Zu einer Reihe der vorgenannten Gesetzentwürfe und Anträge der Fraktionen führte der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung auch öffentliche Anhörungen von Sachverständigen durch.

Im übrigen war die Arbeit des Ausschusses bestimmt durch eine Vielzahl von durch die Fraktionen beim Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft angeforderten Berichten zu umweltrelevanten Vorgängen im Lande Nordrhein-Westfalen, seien es nun Gewässerverunreinigungen, Störfälle in Industrieanlagen, Abfallbeseitigungsanlagen oder Luftverschmutzungen.

Zum Abschluß dieser 10. Legislaturperiode hat der Petitionsausschuß mit Landtagsdrucksache 10/5329 einen umfassenden Bericht vorgelegt, in dem die Schwerpunkte seiner Arbeit dargestellt werden.

Im Vergleich zur 9. Legislaturperiode ist der Eingang auf hohem Niveau nahezu stabil geblieben. „Wir werden uns auch diesmal wieder auf rund 25 000 Petitionen einpendeln“, heißt es im Ausschluß.

Eine Verschiebung gab es im Bereich der Zuständigkeit der verschiedenen Ressorts der Landesregierung: Während bisher immer das Justizministerium an der Spitze der Eingaben stand, rückte in dieser Periode erstmals das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales an die erste Stelle. Die Reihenfolge der Zuständigkeit der Ministerien stellt sich wie folgt dar: 1.) Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: 22,7 Prozent, 2.) Justizminister: 21,1 Prozent, 3.) Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: 16,8 Prozent, 4.) Innenminister: 14,7 Prozent, 5.) Finanzminister: 8,3 Prozent, 6.) Kultusminister: 8,0 Prozent, 7.) Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: 3,5 Prozent, 8.) Minister für

Petitionsausschuß rechnet mit 25 000 Eingaben

Bei Petitionen im Asylbereich in der überwiegenden Zahl keine positiven Entscheidungen möglich

Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: 2,3 Prozent, 9.) Minister für Wissenschaft und Forschung: 2 Prozent, 10.) Ministerpräsident: 0,5 Prozent, 11.) Minister für Bundesangelegenheiten: 0,0 Prozent.

Die Quote der positiv abgeschlossenen Petitionen hat sich erneut leicht verbessert, sie stieg von 26,5 Prozent auf 28,3 Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt stieg die Zahl der positiven Bescheide von 5743 in der letzten Periode auf diesmal 6447 und damit um mehr als 700! Besonders hohe Erfolgsquoten wurden im Bereich des Versorgungsrechts mit 60 Prozent, im Baurecht mit 49 Prozent und im Bereich der sozialen Leistungen mit 40 Prozent registriert.

Eine starke Zunahme verzeichneten die Petitionen im Asylbereich. Sie stiegen um 160 Prozent. Trotz intensiver Überprüfung

im Einzelfall und besonderer Berücksichtigung vieler humanitärer Gesichtspunkte ist in der überwiegenden Zahl der Petitionen keine positive Entscheidung möglich.

„Abschließend danke ich allen Mitgliedern des Ausschusses und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Petitionsreferates für ihre mühevollen und zeitraubende Arbeit und große Einsatzbereitschaft, die sie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes leisten. Auch wenn nicht alle uns vorgetragenen Fälle gelöst werden konnten, denke ich schon, daß der Petitionsausschuß als Anwalt der Bürger einen guten Beitrag für den Rechtsfrieden in unserem Land geleistet hat und der zunehmenden Staatsverdrossenheit erfolgreich entgegengewirkt hat“, schreibt der Vorsitzende des Petitionsausschusses, Karl Knipschild (CDU).

Kommentare zur Wahl...

Fortsetzung von Seite 2

der die Niederlage nicht ohne Blessuren auch seiner Bundeskarriere überleben wird. Vielleicht verhilft das Ergebnis der CDU-Führung endlich zur Einsicht, daß man gerade an Rhein und Ruhr keine kurzatmige Personalpolitik betreiben kann, daß die Union dort nur langfristig und solide ihren Führungsanspruch begründen wird.

Rau-Partei

Die parteipolitische Tagesbilanz zieht die „Neue Ruhr-Zeitung“ (Essen):

Am Tag danach: Die CDU leckt ihre Wunden. Sie hat mehr als nur einen Dämpfer zu verkraften. In der DDR siegt sie, hierzulande pendelt sie von Schlappe zu Schlappe.

Die F.D.P. sinniert, warum sie nun zum fünfsten Mal hintereinander keinen Erfolg mit ihrer Absicht hatte, Seite an Seite mit der CDU zu regieren. Zur Hochzeit hat es in keinem einzigen Bundesland gereicht. Das gibt selbst einem Jürgen Möllemann zu denken — wo doch sein Hans-Dietrich Genscher alle Mitbewerber weit hinter sich läßt.

Die SPD stärkt ihr Selbstbewußtsein. Niedersachsen, einst ihr Stammland, ist wieder in den roten Stall zurückgekehrt — mit grünen Tupfen.

Der Bundesrat hat eine sozialdemokratische Mehrheit. Das ist so selbstverständlich nicht. Aber eine Blockade der Bundespolitik verbietet sich von selbst. Korrekturen sind angesagt.

Verflixtes Parodestück

Auch die überregionale Presse machte sich Gedanken über den Zusammenhang zwischen den Landtagswahlen vom 13. Mai und der Deutschlandpolitik, wie „Die Welt“ (Hamburg) über „Kohls verflixtes Parodestück“:

Die SPD-Erfolge bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen

haben einen klaren Bezug zur Deutschlandpolitik der Bundesregierung. Das mag viele überraschen, denn gerade dieser Teil der Politik, das starke persönliche Engagement des Bundeskanzlers, hat sich doch gut dargestellt. Aber es sieht so auf, als ob die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl einfach zu „rational“ geplant wurde.

Der Kanzler hat die Chance, die sich durch den friedlichen Umsturz in der DDR eröffnete, zu Recht als historisch begriffen und behandelt. Noch am Sonntag sagte Kohl unter Hinweis auf die Weltlage — und ohne Gorbatschows Schwierigkeiten ausdrücklich zu nennen —, die Deutschen müßten in eigener Sache so schnell und so viel wie möglich unter Dach und Fach bringen. Eine solche Haltung ist verantwortungsbewußt. Aber in der Hektik wurde keine ausreichende Überzeugungsarbeit gegenüber denen geleistet, die mit ihren Steuergeldern den Weg zur deutschen Einheit finanzieren sollen.

Kohl in der Falle

Die SPD sei, so meint der Kommentator der „Süddeutschen Zeitung“ (München) vom Katzentisch mitten in die Verhandlungsrunde vorgerückt:

Dem Bundeskanzler mußte seit längerem klar sein, daß er die Deutschlandpolitik nicht weiter, wie sich Hans-Jochen Vogel ausdrückte, als seine „Privatangelegenheit“ behandeln kann. Das zeigt ihm schon ein Blick in den Terminkalender. Zugleich mit der Zuleitung des Entwurfs eines Staatsvertrags an das Parlament in dieser Woche beginnt die öffentliche Auseinandersetzung. Er hat sich in dem Drang, eine Politik durchzusetzen, für die es im Prinzip keine Alternative gibt, zu viele Formfehler zuschulden kommen lassen. Dazu gehört, daß er die Verbündeten zu spät und ungenügend unterrichtete, seine Mitstreiter in der DDR überrumpelte, den Rat von Fachleuten in den Wind schlug und die Ministerpräsidenten

hochnäsiger behandelte — nicht zu reden von der Kaltstellung des Parlaments, einer übertriebenen Geheimniskrämerei und mangelhafter Informationspolitik. Die Quitting dafür ist unerwartet deutlich ausgefallen. Früher als von ihm erhofft, bestätigt sich die Vorhersage Lafontaines, Kohl sitze „in der Falle“. Sie besteht darin, daß der Kanzler entweder wortbrüchig gegenüber der DDR werden muß oder daß er die Zusage an die Bürger im eigenen Land nicht einhalten kann, sie brauchten für die Wiedervereinigung keine Opfer zu bringen.

Richtige Schlüsse

Die richtigen Schlüsse aus Wahlergebnissen zu ziehen, ist nach Ansicht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Sache des politischen Talents. Neue Aspekte sieht sie für die Grünen:

Zwar haben die Grünen bei den beiden Landtagswahlen mehr erreicht, als jedenfalls ihre Bonner Vertreter erwartet hatten: den erstmaligen Einzug in den Nordrhein-Westfälischen Landtag und die Möglichkeit zur Regierungsbeteiligung. Angesichts der deutschlandpolitischen Entwicklung, die weithin an den Themen der Grünen vorbeigeht, und auch wegen des Zustands der Bundespartei hatten sie Schlimmes befürchtet, einschließlich damit einhergehender Existenzsorgen für die Bundestagswahl. Doch vermittelte der Bundesvorstand am Tag nach der Wahl nicht den Eindruck, eine Last losgeworden zu sein.

Fücks und die Vorstandssprecherin Krieger gaben sich denn auch zurückhaltend optimistisch. Angesichts der bevorstehenden Wahlkampf-Konfrontation zwischen Kohl und Lafontaine müßten die Grünen ihr Wählerpotential mehr als bisher ausschöpfen. Es stimme ihn nachdenklich, daß das Umweltbewußtsein in der Bevölkerung zunehme, nicht aber die Zahl der Stimmen für die Grünen. Die Partei müsse sich wieder auf ihre ökologischen Wurzeln besinnen.

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 28. 5. bis 31. 5.

28. 5. **Ilse Oel** (CDU), 58 J.

30. 5. **Bernd Poulheim** (SPD), 58 J.

30. 5. **Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.), 47 J.

31. 5. **Gerhard Wendzinski** (SPD), 55 J.

★

Wolfram Dorn, alter und neuer F.D.P.-Abgeordneter und finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion, ist mit 65 Jahren ältester Abgeordneter des neuen Landtags. Dorn, Industriekaufmann von Beruf und Staatssekretär a.D., hat sich auch als Schriftsteller, vor allem als Lyriker, einen Namen gemacht.

★

Gerd Müller (SPD), scheidender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Landtag und Geschäftsführer der Rheinisch-Westfälischen Wasserwerksgesellschaft mbH mit Sitz in Mülheim an der Ruhr, ist von Justizminister **Dr. Rolf Krumsiek** zum Handelsrichter ernannt worden. Die Bestellung auf Vorschlag der Industrie- und Handelskammer zu Essen, Mülheim und Oberhausen erfolgte beim Landgericht Duisburg.

★

Andreas Reichel (F.D.P.) bleibt jüngster Abgeordneter des Landtags. Der Politiker aus Köln, der bereits in der 10. Legislaturperiode dem Parlament angehört, ist 29 Jahre alt. Ebenfalls zu den jüngsten zählt der neue CDU-Abgeordnete **Andreas Engelhardt**. Er kommt aus Wuppertal und ist 30 Jahre alt.

★

Dr. Diether Deneke (SPD), ehemaliger Landtagsabgeordneter und Staatsminister a. D., hat den ersten Spatenstich zu einem „Naturschutz-Informationszentrum“ im Dortmunder Westfalenpark getan, das seine Pforten zur Bundesgartenschau im kommenden Jahr öffnen wird.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Ein Stellwerkgebäude der Deutschen Bundesbahn, um 1920 an der Lennestrecke in Finnentrop erbaut, zählt nach Auffassung von Fachleuten des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) eindeutig zu den „Zeugen der Technikgeschichte“. Die Funktionen eines Reiterstellwerks lassen sich am äußeren Erscheinungsbild ablesen. Der Stellwerksraum mit seinen großen Fenstern liegt über den Gleisen. Das Gebäude an der Barmenohler Straße in Finnentrop dokumentiert einen wichtigen Teil der Eisenbahngeschichte Westfalens und zeigt die Lösung einer besonderen Bauaufgabe in der Bahnhofsarchitektur nach dem Ersten Weltkrieg. Dank der Verwendung natürlicher Baustoffe aus dem Sauerland, wie Schiefer und Holz, paßt das Gebäude gut in das Landschaftsbild; das denkmalwerte Objekt soll unter Schutz gestellt werden.

Foto: LWL



Zwei alte Kämpen, die nicht mehr in den Landtag zurückkehren, dem sie seit zwei Jahrzehnten angehörten, umarmen sich: Anlaß war die Verleihung des Verdienstkreuzes 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik an Margarete Versteegen durch Landtagspräsident Karl Josef Denzer — hier bei der Gratulationsszene (linkes Bild) mit dem Rücken zur Kamera. Ein dritter, der ebenfalls dem Hohen Hause den Rücken kehrt, lächelt dazu: Dr. Albrecht Beckel (CDU, links im Bild). Mit dem Orden wurde die CDU-Abgeordnete Versteegen aus Emmerich für ihre verdienstvolle parlamentarische Arbeit — ob im Landesparlament oder auf kommunaler Ebene — und für ihr gewerkschaftliches Engagement ausgezeichnet. Außerdem war sie seit 1975 Mitglied im Präsidium des Landtags, wo sie sich nicht nur Geschäftsordnungsdinge, sondern auch die Belange der weiblichen Mitglieder des Parlaments angelegen sein ließ. — Der CDU-Abgeordnete Hans Hoof (rechtes Bild, links) hat in Freudenberg das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz 1. Klasse aus den Händen von Landtagspräsident Karl Josef Denzer entgegengenommen. Der Präsident verwies bei seiner Laudatio darauf, daß der offizielle Festakt anläßlich eines persönlichen Feiertages von Hoof, nämlich seines 65. Geburtstages, stattfindet. Er wisse auch, wie stark der Abgeordnete Hoof in seiner Heimatstadt Freudenberg verwurzelt sei. Hans Hoof sei seit dem 29. Mai 1980 Mitglied des Landtags und der CDU-Fraktion. Er habe als ordentliches Mitglied im Verkehrsausschuß sowie als stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuß gewirkt. Er habe sich auch im kommunalpolitischen Bereich verdient gemacht. Von 1969 bis 1989 sei er Mitglied des Kreistages des Kreises Siegen-Wittgenstein gewesen. Von 1975 bis 1989 habe er dem Rat der Stadt Freudenberg angehört.

Foto: Schlabach